

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Berthold Rüth

Abg. Dr. Christoph Rabenstein

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Joachim Hanisch

Abg. Markus Ganserer

Abg. Max Gibis

Abg. Günther Knoblauch

Abg. Carolina Trautner

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Claudia Stamm

Abg. Alexander Muthmann

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Bericht

der Enquete-Kommission "Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern"

(Drs. 17/19700)

Auf der Ehrentribüne begrüße ich die sachverständigen nichtparlamentarischen Mitglieder der Enquete-Kommission ganz herzlich, Herrn Walter Keilbart, Herrn Prof. Dr. Lothar Koppers, Frau Dr. Isabelle Kürschner, Herrn Dr. Reinhard Paesler, Herrn Roland Spiller und Herrn Dr. Detlev Sträter. Ich möchte mich im Namen des Landtages bei Ihnen ganz, ganz herzlich für Ihre außerparlamentarische Mitarbeit bedanken.

(Allgemeiner Beifall)

Bevor ich die Aussprache eröffne, möchte ich kurz auf die Redezeiten hinweisen: Im Ältestenrat wurde eine Gesamtredezeit der Fraktionen von 96 Minuten für die Aussprache zum Bericht vereinbart. Darüber hinaus erhalten die beiden Vorsitzenden jeweils 5 Minuten zusätzliche Redezeit für ihre jeweilige Berichterstattung zum Verfahren und zum Ablauf der Kommission. Beide Vorsitzenden werden ihre Berichte zu Beginn erstatten. Dann erfolgt die allgemeine Aussprache. Die Redezeit beträgt für die CSU-Fraktion 32 Minuten, für die SPD-Fraktion 24 Minuten, für die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN jeweils 20 Minuten. Die fraktionslosen Abgeordneten Frau Stamm, Herr Felbinger und Herr Muthmann können bis zu 4 Minuten sprechen. Die Redezeit der Staatsregierung beträgt 32 Minuten.

Ich eröffne nun die Aussprache und bitte den Vorsitzenden der Enquete-Kommission, Herrn Berthold Rüth, zum Mikrofon.

Berthold Rüth (CSU): Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei einer Enquete-Kommission ist es Brauch, dass der Vorsitzende einen Bericht geben darf. Mir wären eigentlich zehn Minuten Redezeit zugestanden. Aber Kollege Dr. Rabenstein und ich haben diese Kommission zu einem hervorragenden Ende geführt

und so gut zusammengearbeitet, dass wir gesagt haben: Wir teilen uns die Zeit; jeder darf fünf Minuten reden.

(Allgemeiner Beifall)

– Danke. – Meine Damen und Herren, am 15. September 2013 wurde die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bei einem Volksentscheid mit einer Zustimmung von über 90 % der bayerischen Wählerinnen und Wähler in den Verfassungsrang erhoben. Die Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist nun als Staatsziel in der Verfassung verankert. Alle Entscheidungen der Bayerischen Staatsregierung müssen an diesem Ziel ausgerichtet sein.

Im Juli 2014 wurde auf Antrag aller Fraktionen eine Enquete-Kommission eingesetzt; dann wurde ein Katalog mit über 110 Fragen erarbeitet. Im Oktober 2014 haben wir die Arbeit aufgenommen. Nach drei Jahren und zwei Monaten intensiver Arbeit haben wir nun am 30.11. unseren Bericht ohne Gegenstimme verabschiedet – "einstimmig" kann ich nicht sagen, weil es eine Enthaltung gab. Eigentlich war der Beschluss einstimmig; zumindest gab es keine Gegenstimme.

Wir hatten 34 Sitzungen, 5 redaktionelle Sitzungen, 4 Außentermine in Niederbayern, Oberfranken, Unterfranken, im Heimatministerium. Der Kollege Rabenstein und ich waren natürlich auch mit unseren jeweiligen Fraktionen bayernweit unterwegs. Wir hatten zahlreiche Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden, mit dem Bezirkstag, dem Landkreistag, dem Städtetag, dem Gemeindetag. Wir haben Fachgespräche mit den Jugendverbänden – die waren sehr spannend, weil es um Zukunftsthemen ging –, mit der Landwirtschaft und auch mit der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns geführt. Wir haben über den Tellerrand hinausgeschaut und sogar in Schweden Anregungen geholt.

Jetzt liegt ein Bericht mit 152 Seiten vor. Der Kollege Muthmann ist da; er hat einmal gesagt, er hoffe, dass am Ende mehr Personen diesen Bericht lesen, als ihn geschrie-

ben haben. Ich denke, dass diesem Wunsch nachgekommen wird und dass es sehr, sehr viele Leser gibt; denn der Bericht ist sehr, sehr gut gelungen.

Meine Damen und Herren, abgesehen von aller kleinsten Reibereien ist alles gut, kollegial, harmonisch gelaufen. Auch ein Bericht in der Presse hat uns nicht irritiert. Wir haben die Aufgabe gemeinsam abgeschlossen, und wir haben diesen Bericht, wie gesagt, ohne Gegenstimme beschlossen.

Es gibt 120 Handlungsempfehlungen; 114 von diesen 120 Handlungsempfehlungen oder 95 % wurden einstimmig beschlossen. Bei 6 Handlungsempfehlungen gab es zum Teil abweichende Nuancen. Die Abweichungen gingen über alle Fraktionen hinweg; auch bei den Experten gab es manchmal unterschiedliche Ansätze. Trotzdem haben wir am Ende des Tages immer ein gutes Ergebnis erzielt.

Ich danke allen, die mitgewirkt haben, für ihre große Kompromissbereitschaft, und glaube, wir haben ein sehr, sehr gutes Ergebnis erzielt.

Der Bericht gliedert sich in sechs Teile: erstens das Formale, zweitens das Konzept der räumlichen Gerechtigkeit, drittens enthält er ein Set von Ergebnis- und Wirkungsindikatoren, viertens die Bestandsaufnahmen und Prognosen zur Situation in Bayern, fünftens Handlungsempfehlungen und sechstens die Beantwortung des Fragenkataloges. Wir haben alle 110 Fragen ausführlich beantwortet.

Als Vorsitzender darf ich am Ende insbesondere all jenen danken, die mitgewirkt haben. Ich beginne mit meinem Stellvertreter Dr. Christoph Rabenstein. Wir haben sehr gut zusammengearbeitet. Lieber Christoph, dir vielen Dank. – Die SPD muss jetzt klatschen.

(Beifall bei der SPD)

Sehr gut! – Ich danke allen Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern. Ich danke den Experten – in alphabetischer Reihenfolge – Herrn Walter Keilbart, Herrn Prof. Dr. Koppers, Frau Dr. Isabelle Kürschner, Herrn Prof. Dr. Holger Magel, Herrn Prof.

Dr. Manfred Miosga, Herrn Dr. Reinhard Paesler, Herrn Roland Spiller und Herrn Dr. Detlev Sträter. Herrn Spiller sage ich nochmals Danke; denn er war auch Leiter unseres Redaktionsteams. Er hat das hervorragend gemacht und ist wesentlich daran beteiligt gewesen, dass dieser Bericht so gut zustande kam.

Ich danke am Ende auch den Mitarbeitern des Landtagsamtes: Herr Julius Heigl war bis Mai 2016 für uns verantwortlich. Frau Feldmann hat ihn zwischenzeitlich vertreten. Ab August 2016 hat uns Frau Jarawan begleitet. Ich danke auch Frau Wasowski, ihrer Mitarbeiterin. Die Mitarbeiterinnen sind immer ganz besonders wichtig.

Ich danke ebenso Herrn Dr. Seitz vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat; er hat uns bestens unterstützt, hat immer Material geliefert. – Herr Dr. Seitz, vielen Dank auch Ihnen!

Ich danke allen Vertretern der Staatsregierung und ganz besonders den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen: Herrn Bastian Sauer von der SPD, Herrn Humplmair und Herrn Schmöller von den FREIEN WÄHLERN, Frau Petersohn von den GRÜNEN und besonders auch Frau Ritthammer von der CSU. Herzlichen Dank von meiner Seite für die gute Unterstützung! Der Vollständigkeit halber nenne ich auch noch die ehemaligen, bis 2015 zuständigen Referenten: Frau Marfeld von der CSU und Herr Kohl von den GRÜNEN.

Meine Damen und Herren, wir haben interessante Erkenntnisse gewonnen. Wir werden dann in der Aussprache auf die Themen eingehen. Es war eine anstrengende, eine spannende, aber vor allen Dingen eine schöne Zeit. Ich darf nun das Wort an meinen Kollegen Dr. Christoph Rabenstein weitergeben.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Bitte schön, Herr Dr. Rabenstein.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich den Ausführungen des Vorsitzenden nur anschließen. Auch wir Mitglieder der SPD in der Enquete, also Annette Karl, Günther Knoblauch und meine Wenigkeit, haben diese dreieinhalb Jahre zwar als sehr anstrengend empfunden – die meisten von uns haben das schließlich neben ihrer normalen parlamentarischen Arbeit gemacht, wenn ich das so ausdrücken darf –, aber ich glaube, insgesamt war unsere Arbeit zielführend und erfolgreich, und wir können froh darüber sein, dass wir heute den Bericht vorlegen können.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte jetzt nicht noch einmal alle erwähnen, denen bereits gedankt worden ist; ich schließe mich dem Dank natürlich voll an. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möchte ich aber schon noch einmal nennen. Gerade in der letzten Phase, bei der Bearbeitung des Berichts, hat es doch einige Reibereien, einige heftige Diskussionen gegeben. Das ist so üblich. Ich glaube, sie haben hier bemerkenswert vermittelt, und deswegen ist dieses gute Gesamtergebnis sicherlich auch ihrer Arbeit zu verdanken. Herzlichen Dank noch einmal dafür!

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich glaube, dass diese gute Arbeit auch zustande gekommen ist, weil wir nichtöffentlich getagt haben. Einerseits fehlt dadurch natürlich die Transparenz. Die Presse war nicht dabei. Dadurch war die Berichterstattung nicht so, wie sich der eine oder andere das vorgestellt hat. Auf der anderen Seite hat das aber dazu geführt, dass parteipolitische Schaufensterreden – die kennen wir schließlich auch – selten gehalten wurden. Es ging nicht um Profilierungen, sondern es ging um Themen und Inhalte, und das war letztlich auch gut so. Das hat zu einem Abschlussbericht geführt – ich habe das schon gesagt –, der sich sehen lassen kann und – wir werden das noch ausführen – der sicherlich auch Langzeitwirkungen hat und über die Grenzen Bayerns hinaus Beachtung finden wird.

Ein Wermutstropfen ganz zum Schluss – auch das möchte ich ansprechen – waren Unstimmigkeiten in den letzten zwei, drei Sitzungen. Obwohl wir den Fraktionen einen gut abgestimmten Vorschlag präsentiert haben, kamen von der Mehrheitsfraktion doch massive Änderungs- bzw. Streichungswünsche. Meiner Meinung nach war dabei der Druck aus den einzelnen Ministerien zu spüren, aber letztlich hat sich die vertrauensvolle Zusammenarbeit durchgesetzt. Auch die Experten haben dazu beigetragen, die gesagt haben: Schauen wir doch, dass wir das, was wir mühsam erarbeitet haben, auch über die letzten Hürden bringen. – Auch für diese vermittelnden Gespräche – Herr Spiller, Sie haben die Redaktionskonferenz geleitet – den Experten einen herzlichen Dank! Es war toll, dass Sie hieran mitgewirkt haben.

(Beifall bei der SPD)

Zum Abschluss gilt es nun, diese Ergebnisse unter die betroffenen Menschen zu bringen. Der Bericht sollte nicht in Schubladen landen und dort schlummern, sondern er sollte gelesen werden, über ihn sollte diskutiert werden; denn dieser Abschlussbericht ist kein abschließendes Manifest, sondern ein Papier mit Vorschlägen, Anregungen und Empfehlungen, wie sich Bayern positiv entwickeln kann – zum Wohle aller Bürger. Das war unser Ziel, und ich glaube, das haben wir weitestgehend auch erreicht.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nun eröffne ich die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Rüth.

Berthold Rüth (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bayern ist ein wunderbares Land mit seinen Bergen, Seen, Flüssen und Mittelgebirgen, als Heimat, mit seiner Tradition und vor allen Dingen mit seinen Menschen. Viele Menschen kommen nach Bayern und verbinden damit die Hoffnung auf ein besseres Leben. Wir nähern uns deshalb der 13-Millionen-Einwohner-Grenze. Bayern wächst und wächst. Die Geschwindigkeit des Wachstums ist aber nicht überall gleich. In den Ballungsräumen und in den Entwicklungsachsen haben wir eine sehr hohe Dynamik,

und wir müssen darauf achten, dass diese Geschwindigkeit bayernweit gleichmäßig verteilt wird. Deshalb ist es ganz besonders wichtig, dass wir und auch die Staatsregierung das Augenmerk auf die gleichwertigen Lebensbedingungen richten.

Meine Damen und Herren, gleichwertig ist aber nicht gleichartig. Es gibt unterschiedliche historische, strukturelle, kulturelle und gesellschaftliche Voraussetzungen. Die Unterschiede sind vorhanden, und es geht nicht darum, diese Unterschiede zu nivellieren, sondern es geht um eine Art gleichgestellter Verschiedenartigkeit. Ungleichheiten sind bis zu einem gewissen Grad akzeptabel, wenn trotz der Unterschiedlichkeit und Vielfalt die gleichen Chancen für individuelle Entwicklung bestehen und sich Abweichungen in einem akzeptablen Rahmen bewegen. Wenn allerdings der Rahmen überschritten oder Mindeststandards nicht erreicht werden, muss der Staat handeln.

Meine Damen und Herren, wir haben uns zu Beginn unserer Arbeit sehr lange mit der Frage auseinandergesetzt, was denn gleichwertige Lebensverhältnisse sind, wie man das definieren kann. Was ist Gleichwertigkeit? – Ich will das an einem einfachen Beispiel darstellen: Betrachten wir den ÖPNV. In einer großen Stadt fährt die U-Bahn beispielsweise alle fünf Minuten. Auf dem Land fährt beispielsweise der Bus alle 60 Minuten. Was ist nun gleichwertig? Nehme ich 60 Minuten plus fünf Minuten ist gleich 65 Minuten, geteilt durch zwei. Wäre es gerecht, wenn überall die U-Bahn bzw. der Bus nur alle 32,5 Minuten fahren würde? – Eine schwierige Frage! Man kann sie nicht mit Ja oder Nein beantworten. Als Realist weiß man natürlich, dass dies ein sehr zugespitztes Beispiel ist. In der Stadt sind die Menschen froh, dass die U-Bahn alle fünf Minuten fährt, und auf dem Land – bei mir zu Hause zumindest – sind die Menschen ebenfalls froh, dass der Bus jede Stunde fährt.

Betrachten wir das Thema Gesundheit: Braucht ein Landkreis ein Krankenhaus oder zwei Krankenhäuser? Ist es wichtig, dass man von jedem Ort im Landkreis ein Krankenhaus, vielleicht auch im nächsten Landkreis, in zwanzig Minuten mit dem ÖPNV erreichen kann? Oder gibt es gar eine Quote zum Thema Gesundheit oder Krankheit? Wäre das etwas für die Gleichwertigkeit? Sie sehen daran, wie schwer es war, diese

Definition zu packen. Vor allen Dingen hat uns auch die Frage interessiert, wie man das messen kann. Aber dazu noch später.

Es gab dankenswerterweise einen Impuls unserer Experten. Sie haben das Konzept der räumlichen Gerechtigkeit entwickelt. Dieses Konzept liegt unserer gesamten Arbeit zugrunde. Die Idee dabei ist, dass der Staat nicht nur für die Grundversorgung und die Infrastruktur sorgt, sondern die Lebensverhältnisse und Bedürfnisse der Menschen in einer Region berücksichtigt. Dieses Konzept beinhaltet in der Mitte eigentlich den Staat als Gewährleister und Befähiger und die Region als Ausgestalter von Vielfalt. Der Staat setzt die Leitplanken, gibt den Rahmen vor und gibt auch Geld. Die Region hat die Verantwortung und kann vor Ort entscheiden. Das bedeutet aber auch, dass die Region in der Tat in der Lage ist, zu entscheiden und das, was sie vom Staat bekommt, praktisch umzusetzen.

Es gibt vier Dimensionen der Gerechtigkeit, einmal die Chancengerechtigkeit. Dabei geht es um das Thema der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Familie auf dem Land muss in den Fragen von Kinderkrippe, Kindergarten und Ganztagsangeboten die gleichen Chancen haben wie die Familie in der Stadt. Wenn es in der Familie vielleicht eine Oma gibt, die gepflegt werden muss, muss eine gute Pflegemöglichkeit bestehen.

Dann haben wir die Verfahrensgerechtigkeit. Da geht es um die Teilhabe und die Mitgestaltung der Menschen, und es geht um die Bürgerdialoge. Daneben gibt es das Thema der Generationengerechtigkeit. Da geht es um den fairen Ausgleich der Generationen. Es geht um die Interessen der jüngeren und der arbeitenden Bevölkerung und der älteren Menschen. Aber für die Generationen, die nach den Jüngeren kommen, dürfen keine unverantwortlichen Belastungen entstehen. Wir brauchen schließlich die Verteilungsgerechtigkeit. Da geht es um eine angemessene Grundversorgung. Es geht um die Digitalisierung, und es geht um die Mobilität.

Meine Damen und Herren, wir haben festgestellt, dass der Freistaat Bayern schon vieles geleistet hat. Ich will nur den Finanzausgleich nennen. Es gab einen Finanzaus-

gleich, Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen in Höhe von 9,5 Milliarden Euro. Es gibt Räume mit besonderem Handlungsbedarf und die Breitbandinitiative, und hierfür wurde viel Geld in die ländlichen Räume gegeben. Die ländlichen Räume konnten sich so hervorragend entwickeln.

Wir hatten das Thema Behördenverlagerung. Es gab 50 Verlagerungen mit 2.200 Beschäftigten. Bei uns zum Beispiel wurde ein Finanzamt von Nürnberg nach Obernburg verlagert. Es geht um 30 Arbeitsplätze. Das war ein sehr gutes Signal für die Region. Die Menschen freuen sich. Es entsteht Optimismus, und es entsteht Aufbruchsstimmung. Alle diese Maßnahmen haben den Vorteil, dass in den Städten wieder mehr bezahlbarer Wohnraum entsteht, in den ländlichen Regionen die Kaufkraft gestärkt wird und die Verdichtungsräume insgesamt entlastet werden. Wir haben auch die Hoffnung, dass die Ansiedlung auf dem Land ein Signal für die Industrie und die Wirtschaft ist, diesem Beispiel zu folgen und auch auf das Land zu gehen.

Aber ein Fall sticht mir immer in die Augen: Ich erlebe vor Ort, dass die heimischen Banken – in Bayern gibt es ja zwei große Banken – ihre Zweigstellen schließen und ihre Automaten stilllegen. Das ist etwas, was mir natürlich nicht gut gefällt, weil da vor Ort Entscheidungen getroffen werden, die dem, was wir wollen, eigentlich zuwiderlaufen.

Meine Damen und Herren, interessant sind auch die wirtschaftlichen Unterschiede. Wir haben in Bayern eigentlich überall eine ganz ordentliche Entwicklung. Man kann das objektiv an der Arbeitslosenquote messen. Wir haben überall eine Arbeitslosenquote von unter 3 % oder von etwa 3 %. Das war früher deutlich anders. Da gab es eine sehr große Schere, und die Arbeitslosenquoten hatten zum Teil eine Differenz von 4 bis 5 %. Wir haben heute sogar einen Fachkräftemangel. Überall wird beklagt, dass wir zu wenige Fachkräfte haben. Es gibt viele Maßnahmen und viele Initiativen, beispielsweise von der Handwerkskammer das Projekt "Elternstolz", das bei jungen Menschen werben will.

Meine Damen und Herren, die entscheidende Frage ist, was für die Menschen wichtig ist, um Gleichwertigkeit zu erreichen. Es geht im Prinzip um die Themen, die die Politik momentan bestimmen. Es gibt die Themen Infrastruktur, Breitband, Mobilfunk, Mobilität, bezahlbarer Wohnraum, insbesondere für die Familien, die ärztliche Versorgung und Pflege, die Themen Arbeit, Arbeitsplätze und Bildung, die Themen Freizeit und Kultur. Das gilt nicht nur für die kleineren ländlichen Gemeinden, sondern das gilt auch für die Städte.

Wir konnten heute in der Zeitung lesen, dass es angeblich Unterschiede gibt und dass in Oberbayern das Pro-Kopf-Einkommen jährlich um 4.000 Euro höher liegt als in anderen bayerischen Gebieten. Das ist nur die halbe Wahrheit. In dieser Zahl sind auch die Zahlen von München berücksichtigt. Wenn ich München einmal außen vor lasse und ganz genau hinschaue, sehe ich auch in Oberbayern Regionen, wo die Entwicklung nicht so stattfindet, wie das heute in der Presse dargestellt wurde. Man muss auch sehen, dass man in ländlichen Räumen viel günstiger wohnen kann. Die Mieten sind günstiger. Die Gebühren für die Kindergärten sind niedriger, und auch die Gebühren für die Kinderkrippen sind niedriger. Insofern ist das Pro-Kopf-Einkommen nur eine sehr schwache Größe, um das zu messen.

Meine Damen und Herren, wichtig ist das Thema Wohnen. Wir müssen uns noch einmal ganz intensiv dem Thema Städtebauförderung und dem Thema Dorferneuerung widmen. Wir brauchen in den Ortskernen generationenübergreifende Projekte, und es geht auch darum, den Flächenverbrauch insgesamt einzudämmen. Ich glaube, es ist ganz wichtig, darauf unser Augenmerk zu richten.

Bei der Mobilität geht es darum, die ÖPNV-Mittel aufzustocken, und es geht darum, die Kommunen in den strukturschwachen Gebieten zu stärken. Wir müssen die regionalen Verkehrsangebote optimieren. Wir müssen die Digitalisierung einführen. Ich nenne Ihnen ein Beispiel. Wir haben bei uns die Maintalbahn. Sie wurde jetzt neu ausgeschrieben, und der Zuschlag wurde wieder für neun Jahre erteilt. Die Bahn an sich ist digitalisiert; aber an den Schnittstellen mit den Bussen in die Seitentäler hinaus hat

die Digitalisierung noch nicht stattgefunden. Es muss die Möglichkeit geben, die Digitalisierung zwischen der Bahn und den Bussen herzustellen. Interessant ist natürlich auch die mittlerweile erfolgte bekannte Elektrifizierungsinitiative der Staatsregierung. Auch die genannte Bahn soll in absehbarer Zeit elektrifiziert werden.

Ein mittelfristig ganz spannendes Thema ist die ärztliche Versorgung. Wir haben in Bayern die Situation, dass das Durchschnittsalter der Ärzte bei 55 Jahren liegt. Das klingt nicht ganz so dramatisch; aber 34,7 % der Ärzte sind schon 60 Jahre und älter. Irgendwann werden diese Menschen in Pension gehen, und wenn sie fehlen, hat das konkrete Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger. Dazu gibt es ein großes Maßnahmenpaket. Die Staatsregierung hat schon viel getan. Es gibt Förderprojekte. 27 Millionen Euro wurden seit 2005 aufgewendet. Für Neuansiedlungen gibt es 60.000 Euro und für Studierende vier Jahre lang 200 Euro pro Semester, wenn sie aufs Land gehen wollen. Das sind alles gute Ansätze.

Aber wir haben auf der anderen Seite die Kassenärztliche Vereinigung. Die KV ist für uns ein wichtiger Gesprächspartner, wenn es um diese Themen geht. Wir müssen dafür sorgen, dass wir mit der KV stärker ins Gespräch kommen und das, was wir vor Ort erleben, stärker einbringen; denn die Zahlen, auf denen die Berechnungen der KV aufbauen, stammen etwa aus dem Jahr 1990. Seitdem hat sich vieles verändert. Ich hoffe und wünsche mir, dass der Auftrag, alles neu zu berechnen, den der gemeinsame Bundesausschuss in Berlin bekommen hat, Früchte trägt. Für 2018 wird ja ein neues Gutachten erwartet, und ich hoffe und wünsche mir, dass wir dann günstigere Zahlen bekommen.

Meine Damen und Herren, dieses Thema ist auch für die Kommunen wichtig; denn die Gesetzesvorgaben erlauben es Kommunen auch, Gemeinschaftspraxen zu gründen. Bei uns gibt es ein Beispiel. Die Gemeinde Weilbach plant jetzt, selbst ein MVZ zu gründen. Sie hat schon konkret zwei Ärztinnen, die sie einstellen will. Sie hat mir aber gesagt, dass es noch eine Reihe von bürokratischen Hürden gibt. Wir müssen da den Gemeinden helfen und den Bürokratismus abbauen. Ganz wichtig ist auch, dass wir

vor Ort Angebote haben, die die Ärzte aufs Land ziehen. Da gibt es weiche Faktoren wie Tourismus, Freizeit und vor allen Dingen auch Kinderbetreuung.

Meine Damen und Herren, wir wollen Bayern zusammen mit den Menschen weiterentwickeln. Das ist uns in der Vergangenheit sehr gut gelungen. Bayern hat sich durch das Engagement der Menschen und vieler Unternehmen von einem Agrarstaat zu einem Hightechstandort und zu einer Zukunftsregion entwickelt. Daran wollen wir weiterarbeiten. Wir möchten deshalb vieles von dem, was wir Ihnen heute in unserem Vorschlag darstellen, in die Realität umsetzen. Wir sind auch der Meinung, dass wir das, was wir Ihnen vorschlagen oder was Sie im Bericht lesen können, parlamentarisch verankern müssen bzw. verankern wollen. Wir denken beispielsweise an einen eigenen Heimatausschuss oder daran, dass wir das Thema zumindest in einem Ausschuss stärker platzieren könnten, weil es als Querschnittsaufgabe parlamentarisch viel stärker verankert werden muss. Wir glauben auch, dass die Wissensbasis insgesamt verbreitert werden muss. Es gibt schon viele Forschungsergebnisse; aber wir glauben, dass noch vieles zu tun ist.

Was wir auch brauchen, ist ein Monitoringsystem, das misst, wie sich das Land entwickelt. Es gibt viele Kenngrößen, die man messen kann. Aber es hat keinen Sinn, die Größe jetzt zu messen. Sie muss über einen längeren Zeitraum gemessen werden, damit man sehen kann, wie sich ein Landesteil entwickelt. Von daher glauben wir schon, dass es sinnvoll ist, ein solches Monitoringsystem aufzubauen.

Meine Damen und Herren, es liegt an uns, die Handlungsempfehlungen, die im Bericht stehen, in die Realität umzusetzen und in parlamentarische Initiativen einzubringen. Wir sind dazu bereit und möchten mit Ihnen gemeinsam die Zukunft Bayerns gestalten. – Ich danke für die Aufmerksamkeit und wünsche meinen Nachrednern alles Gute.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Rüth. – Nächster Redner ist der Kollege Dr. Rabenstein. Bitte schön.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in den drei Jahren, in denen die Enquete-Kommission getagt hat, viele Besichtigungen in Bayern durchgeführt. Dabei hat sich überall gezeigt: Bayern ist ein großartiges Land. Wir können alle miteinander stolz sein auf dieses einzigartige Bundesland.

Wir waren in Niederbayern: im wunderschönen Landkreis Freyung-Grafenau und in Passau. Wir waren in meiner Heimat, im Fichtelgebirge, und wir waren in Unterfranken: in Aschaffenburg und im Landkreis Miltenberg, wo es dem Vorsitzenden sehr gut gefällt.

Überall trafen wir auf beeindruckende Landschaften mit lokalen Spezialitäten und Menschen, die sich im Ehrenamt oder hauptberuflich engagieren. Dieses schöne Bayern – das möchte ich an dieser Stelle sagen – ist nicht etwa eine Erfindung der CSU. Nicht sie hat die Zugspitze aufgetürmt oder die oberbayerischen Seen geschaffen und ist allein stolz auf Bayern. Vielmehr sind auch wir Sozialdemokraten stolz auf dieses Bayern und auf all seine Schönheiten.

(Beifall bei der SPD)

Wer das nicht glaubt, dem möchte ich sagen: Schon Wilhelm Hoegner hat sich in diesem Sinne für Bayern eingesetzt. Man spürt es an vielen Stellen in der Bayerischen Verfassung. Er hat einmal geäußert – ich zitiere –: "Mit Tausenden der Besten unseres Volkes werde ich weiterkämpfen für die Rettung unserer Heimat, so lange ich lebe." So Wilhelm Hoegner.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CSU)

Bayern geht es vor allem wirtschaftlich gut. Wir haben aber auch festgestellt: Es geht nicht allen Orten gleich gut; es gibt sogar ausgesprochene Problemregionen.

Noch etwas fällt auf: Es gibt das Bayern der unterschiedlichen Geschwindigkeiten mit all seinen Vor- und Nachteilen. Darauf müssen wir reagieren. Wie wirkt sich der demografische Faktor aus? Wie gehen wir mit einer älter werdenden Gesellschaft um? Was machen wir, wenn sich die Infrastrukturen verschlechtern, wenn die Post, die Bank, die Läden oder auch die Gaststätten dichtmachen?

Diese Fragen müssen wir ernst nehmen und die einzelnen Defizite ansprechen – das möchte ich ausdrücklich betonen, und zwar mit einer positiven Einstellung zu Bayern – sowie problematische Entwicklungen benennen.

(Beifall bei der SPD)

Herr König, damit wollen wir nicht etwa eine Region schlechtreden, wie ein häufiges Totschlagargument lautet, sondern wir wollen den Menschen vor Ort helfen, dass sie sich in ihrer Heimat wohlfühlen und nicht wegziehen. Das ist das Entscheidende!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Umsetzung des Verfassungsziels der Förderung und Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern – das war und ist das Hauptanliegen der Enquete-Kommission. Wir haben Lösungen aufgezeigt, die in die Zukunft gerichtet sind und Substanz haben, von denen wir nach drei Jahren Enquete-Kommission sagen können: Die Arbeit hat sich wirklich gelohnt.

(Beifall bei der SPD)

2010 wurde von Ministerpräsident Seehofer der sogenannte Zukunftsrat einberufen. Dabei ging es um die Frage, wie sich Bayern weiter entwickeln soll. Es wurden umfangreiche Berichte herausgegeben. In den Bereichen Wissenschaft, Bildung und Familie haben sie durchaus gute Ansätze gezeigt, aber im Zusammenhang mit den Vorschlägen zum Thema Infrastruktur hat es massive Kritik gegeben.

Die Mitglieder des Zukunftsrates – übrigens 17 Männer und 5 Frauen – empfahlen, das wirtschaftliche Leben auf die Ballungszentren zu konzentrieren. Der ländliche Raum, so heißt es wörtlich, habe "eine eher noch zunehmende Bedeutung als natürlicher Erholungsraum für die urbanen ... Wirtschaftszentren", also anders ausgedrückt: Die Großstädter können dort Urlaub machen.

Dann kam es noch besser: Teile Niederbayerns – die Region Passau – und Teile Oberfrankens – da ist der Raum Hof gemeint – sollten nicht weiter gefördert werden; sie sollen sich vielmehr Richtung Österreich und Richtung Sachsen orientieren.

(Zuruf von der SPD: Niemals!)

Meine Damen und Herren, das hätte eine falsche Entwicklung eingeleitet. Gedacht war dabei nur an die wirtschaftliche Entwicklung. Das Land Bayern wurde quasi als Bayern AG betrachtet. Ein Land ist jedoch kein Industriebetrieb, und Menschen sind keine Produktionsfaktoren.

Der Bericht der Enquete-Kommission ist insofern ein deutlicher Gegenentwurf zu den Vorstellungen des Zukunftsrates. Und das ist gut so! Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern, in Stadt und Land. Das ist die richtige Herausforderung für die Zukunft. Noch einmal: Natürlich soll die Wirtschaft prosperieren – es geht jedoch nicht um Gewinnmaximierung um jeden Preis, es geht nicht um Shareholder Value, sondern es geht darum, den Menschen in jeder Region gerecht zu werden. Letztlich geht es um räumliche Gerechtigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Begriff der räumlichen Gerechtigkeit steht im Mittelpunkt des ersten inhaltlichen Teils des Abschlussberichts. Er wurde in den ersten Sitzungen ausführlich diskutiert. Hier haben die Experten der Kommission, allen voran Prof. Dr. Holger Magel, hohe Verdienste erworben.

Ich verweise auf die Studie, die wir – mit Prof. Dr. Koppers, Prof. Dr. Miosga, Dr. Sträter und Dr. Höcht – erstellt haben. Darin wurde der Begriff der räumlichen Gerechtigkeit vertieft und auf dieser Grundlage die Herstellung von gleichwertigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern entwickelt. Für unsere Arbeit war diese Konzeption sehr viel wert; deshalb an dieser Stelle noch einmal einen herzlichen Dank an die genannten Experten.

(Beifall bei der SPD)

Die einzelnen Dimensionen sind bereits aufgezählt worden, ich möchte sie nicht wiederholen. Die räumliche Gerechtigkeit bietet quasi den geistigen Überbau, von dem sich die entsprechenden Handlungsempfehlungen ableiten. Dass dieser Begriff derart in den Mittelpunkt gestellt wird, bedeutet Neuland und zeichnet die Arbeit der Kommission aus.

In dem Begriff "räumliche Gerechtigkeit" steckt auch das Wort "Recht". Der ländliche Raum hat quasi ein Recht auf Entwicklung und ist nicht auf Almosen angewiesen. Das ist die Philosophie der räumlichen Gerechtigkeit, und das ist die richtige Antwort.

(Beifall bei der SPD)

Erst dann, wenn man dieses räumliche Konzept im Hinterkopf hat, kann man überzeugend begründen, warum benachteiligte Regionen besonders gefördert werden sollen oder warum beispielsweise der ÖPNV ausgebaut werden soll, auch wenn dafür einige Mittel in die Hand genommen werden müssen. Erst dann kann man sagen, warum auch der letzte Weiler, der zurzeit noch schlecht versorgt ist, mit schnellem Internet angebunden und versorgt werden muss und warum wir auch eine funktionierende ärztliche Versorgung im ländlichen Raum brauchen.

Noch einmal: All das ist nicht zum Nulltarif zu haben; das muss jedem klar sein. Der ländliche Raum muss uns das aber wert sein.

(Beifall bei der SPD)

Im Zusammenhang mit der räumlichen Gerechtigkeit liegt, wie übrigens im gesamten Bericht der Enquete-Kommission, der Fokus auf dem ländlichen Raum. Das heißt aber nicht, dass wir die großen Städte und Ballungsräume außen vor lassen; denn eine Stärkung des ländlichen Raums schwächt die Ballungsräume gerade nicht – ganz im Gegenteil. Viele Probleme in den großen Städten wie Immobilienpreise, teurer Wohnraum, Verkehrsinfrastruktur, Umweltprobleme usw. lassen sich so zumindest abfedern.

Wir müssen dafür Sorge tragen, dass mehr Menschen auch in attraktive ländliche Gemeinden ziehen bzw. nicht von dort in die Städte flüchten. Wir müssen zudem dafür sorgen, dass die Arbeit zu den Menschen gebracht wird und nicht umgekehrt, so wie es der Zukunftsrat mit den Pendlern vorgesehen hat. Arbeit zu den Menschen, das muss unser Motto sein!

(Beifall bei der SPD)

Was schlägt nun der Bericht der Enquete-Kommission im Einzelnen vor? – Zunächst sind wir auf die Indikatoren eingegangen, wie sich gleichwertige Lebensverhältnisse messen lassen und wie auf dieser Basis entsprechendes Handeln begründet werden kann. Nach langer Diskussion haben wir uns auf 50 Indikatoren geeinigt. Wir haben aber auch festgestellt, dass bei der Messbarkeit große Defizite bestehen. Das Bruttoinlandsprodukt zu messen, mag einfach sein, beim Thema Erreichbarkeit von Grundschulen mit dem ÖPNV gibt es schon große Probleme. Hier muss noch nachgebessert werden.

In unserem Bericht spielt die folgende Bestandsaufnahme deshalb nur eine untergeordnete Rolle. Sie stellt nur einen exemplarischen Teilausschnitt dar. Es wird aber auch in diesem Kapitel deutlich, dass Handlungsbedarf besteht. In vielen Bereichen, die auch schon im Sozialbericht angesprochen worden sind, existieren deutliche Defizite. Die dann formulierten Handlungsempfehlungen und die Beantwortung der Fragen in Kapitel 6 bilden diejenigen Vorschläge, die wir vor Ort umsetzen können.

Dieser Abschnitt ist sehr umfangreich. Das hängt auch damit zusammen, dass die Strukturen in Bayern sehr unterschiedlich sind. Was in der einen Region wichtig ist, spielt in der anderen keine Rolle. Die Handlungsempfehlungen sind deswegen auch eher eine Art Werkzeugkasten, aus dem sich jede Region das Instrument herausnehmen kann, das für die Lösung der Probleme vor Ort geeignet ist. Die Beteiligten vor Ort – ich werde darauf noch zu sprechen kommen – sind deshalb auch so wichtig.

Zunächst nur zu einigen Handlungsempfehlungen, mein Kollege Günther Knoblauch wird dann noch auf andere eingehen: Es geht bei allen Kommunen, die wir besucht haben, natürlich um die kommunale Finanzausstattung. Hier wird festgestellt, dass die vorgenommene strikte Aufteilung zwischen Pflichtaufgaben und freiwilligen Leistungen überprüft werden muss. Der Bürger erwartet nämlich, dass vieles, was jetzt freiwillige Leistung ist, etwa Sport- und Freizeitangebote, bereitgestellt wird. Er empfindet das quasi als Pflichtaufgabe. Deswegen soll das auch finanziell entsprechend unterstützt werden. Insbesondere, so der Bericht, ist der allgemeine ÖPNV als Pflichtaufgabe der Kommunen aufzunehmen und mit entsprechenden Mitteln auszustatten. Das ist für mich ein ganz wichtiger und entscheidender Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Einer der wenigen Punkte, bei denen wir keinen Konsens erzielen konnten, war die Forderung, den Anteil der Kommunen am allgemeinen Steuerverbund schrittweise anzuheben. SPD, FREIE WÄHLER und GRÜNE glauben aber nach wie vor, dass dies die Kommunen stärken würde. Die CSU ist für eine Streichung dieser Handlungsempfehlung. Wir wurden hier übrigens von den kommunalen Spitzenverbänden unterstützt, die auch für eine Anhebung plädieren. Wir haben Vertreter des Städte- und des Gemeindetages sowie der Landkreise und Bezirke im Oktober 2017 zu unseren Sitzungen eingeladen. Diese Vertreter haben ihre Positionen dargelegt. Auch das findet sich im Bericht.

Übereinstimmend wurde festgestellt, dass sich die Kommunen insbesondere bei den freiwilligen Aufgaben mehr Gestaltungsspielraum wünschen. Ausführlich wurde über das Thema kommunaler Finanzausgleich und über die Förderprogramme diskutiert. Die Spitzenverbände haben ausführliche schriftliche Stellungnahmen eingebracht. Ich betone das deshalb so ausdrücklich, weil es mir wichtig erscheint zu erwähnen, dass wir in unseren Sitzungen mit den jeweiligen externen Experten diskutiert und gemeinsame Konzepte entwickelt haben. Das gilt auch für viele weitere Themen. Um nur einige Beispiele zu nennen: Wir haben die Jugendverbände in den Landtag eingeladen, mit den Ärztevertretern gesprochen und mit den Tourismusexperten Debatten geführt. Die Ergebnisse finden sich in Kapitel 6. Sie stellen eine Vertiefung der Handlungsempfehlungen dar.

Ich möchte jetzt nicht auf weitere Handlungsempfehlungen eingehen. Diese können nachgelesen werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, was mir aber besonders wichtig ist: Die betroffenen Bürger vor Ort sollen bei der Umsetzung der Ergebnisse eingebunden werden. Die Hauptamtlichen in den Kommunen, die Ehrenamtlichen in den Verbänden und auch die, ich möchte es einmal so ausdrücken, ganz normalen Bürger wissen am besten, was vor Ort geplant und umgesetzt werden kann. Wie wir auf Fränkisch sagen würden, ist nicht Top-down, sondern Bottom-up das Prinzip des Prozessablaufs. Top-down, Bottom-up – das sind so schöne Ausdrücke.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Wir haben hier bei Flurneuordnung und Dorferneuerung gute Beispiele gesammelt. Vom Amt für Ländliche Entwicklung wurde nach diesem Prinzip verfahren. Dabei hat auch unser Enquete-Experte Roland Spiller, Leiter des Amtes für Ländliche Entwicklung Niederbayern, wichtige Impulse eingebracht. Das ist wichtig: den Betroffenen vor Ort nicht von oben herab zu sagen, was notwendig ist, sondern sie einzubinden. Das ist das Prinzip der Verfahrensgerechtigkeit, das wir auch untersucht und mit auf den Weg gebracht haben.

Ich glaube, wenn wir die Ergebnisse der dreijährigen Arbeit der Kommission insgesamt anschauen, können wir sagen, dass hier wichtige Impulse für die weitere Entwicklung gegeben und formuliert worden sind. Dieser Bericht enthält vor allem Empfehlungen, die über den Tag und über diese Legislaturperiode, die nicht mehr allzu lange währt, hinausreichen und die auch in der nächsten Legislaturperiode noch Anregungen geben werden.

Es ist auch schon gesagt worden, dass wir schauen müssen, diese Empfehlungen parlamentarisch zu verankern. Außerdem müssen wir auch die Forschung zur räumlichen Gerechtigkeit weiter vorantreiben.

(Beifall bei der SPD)

Zum Schluss: Seit neun Jahren haben wir wirtschaftliche Prosperität, die aber auch hier in Bayern nicht ewig anhalten wird. Wir müssen deswegen jetzt Akzente setzen, jetzt – in der Zeit, in der es uns wirtschaftlich gut geht!

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Roos (SPD))

Ich möchte auch noch erwähnen: Der Abschlussbericht der Enquete-Kommission ist sicherlich auch für andere Bundesländer und für Deutschland insgesamt von großer Bedeutung. Diese Empfehlungen sind auch für die neuen Bundesländer, in denen es im ländlichen Raum noch viel größere Probleme gibt als bei uns, von Bedeutung. Es heißt auch im neuesten Sondierungsprogramm:

Unser Ziel sind gleichwertige Lebensverhältnisse ... im ländlichen Raum in Ost und West. ... Wir werden Strukturschwächen im ländlichen Raum in Regionen, Städten und Kommunen in allen Bundesländern bekämpfen, um gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen. ... Eine Kommission "Gleichwertige Lebensverhältnisse" soll hierzu konkrete Vorschläge erarbeiten.

Das ist der Text der Sondierungsgespräche. Da kann ich nur sagen: Bayern ist hier im wahrsten Sinne des Wortes der Zeit voraus.

(Beifall bei der SPD – Tobias Reiß (CSU): Wie immer!)

Aber ich füge hinzu: dank der SPD; denn wir haben den Gesetzentwurf eingebracht, der gleichwertige Lebensverhältnisse in der Verfassung verankert. Es war unsere Initiative zu einer Enquete-Kommission, die dann dankenswerterweise von allen Parteien unterstützt wurde. Wir Sozialdemokraten in Bayern werden mit dafür sorgen und kämpfen, dass sich unser Bundesland zum Wohle der Bevölkerung in allen Landesteilen gut entwickelt.

(Beifall bei der SPD – Bernhard Roos (SPD): Bravo!)

So wie wir hier in der Enquete-Kommission über die Parteigrenzen hinweg gut zusammengearbeitet haben, sollten wir auch weiterhin beim Thema "Gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen" hier im Parlament an einem Strang ziehen; denn es geht um die Sache, nicht um irgendwelches parteipolitisches Hin und Her. – Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Dr. Rabenstein. – Unser nächster Redner ist der Kollege Hanisch. Bitte schön, Herr Hanisch.

Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Abschlussbericht der Enquete-Kommission "Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern" ist fertiggestellt und wurde heute der Presse vorgestellt. Wir werden ihn jetzt diskutieren und in den kommenden Wochen und Monaten – so hoffe ich zumindest – noch einiges zu besprechen und zu beraten haben.

Meine Damen und Herren, ich darf mich zu Beginn meiner Ausführungen ganz herzlich bei allen bedanken, die mitgewirkt haben. Es war sicherlich keine leichte Aufgabe, und manch einer in diesem Gremium ist über seinen Schatten gesprungen. Selbst wenn es zum Schluss mal so ausgesehen hat, als ob keine Einstimmigkeit zustande kommen sollte, ist dieser Bericht letztlich doch ohne Gegenstimmen so beschlossen

worden. Ich glaube, das ist ein Zeichen, dass wir dieses Thema ernst genommen haben und dass alle Parteien bereit waren, miteinander zur Lösung dieses Problems beizutragen und gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern zu erreichen. Das ist wirklich ein hehres Ziel, wofür es sich lohnt zu kämpfen. Wir FREIE WÄHLER haben unseren Beitrag schon zu Beginn geleistet, als wir einen Gesetzentwurf für gleichwertige Lebensverhältnisse eingereicht haben und ihn dann wieder zurückgenommen haben, als wir gesehen haben, dass sich hier ein interfraktioneller Antrag abzeichnet. Im Rahmen des Volksbegehrens wurde der Grundsatz "Gleichwertige Lebensverhältnisse" mit einigen anderen Änderungen in die Bayerische Verfassung aufgenommen.

Meine Damen und Herren, ich denke daran, wie ein Zukunftsrat oder Rat der Weisen – es ist noch nicht so lange her, wie es vorhin hier in diesen Reihen behauptet wurde; es war in der letzten Legislaturperiode – ganz eigenartige Empfehlungen gegeben hat, wie Bayern in Zukunft aussehen soll. Im Gegensatz zu diesem Bericht und zu diesen Ergebnissen haben wir, so glaube ich, einen vernünftigen Vorschlag gemacht, um wenigstens schrittweise zu erreichen, dass gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern in die Tat umgesetzt werden können. Ich bin überzeugt davon: Wenn wir ehrlich daran arbeiten, werden wir das erreichen, selbst wenn immer noch sechs Punkte mehr oder weniger strittig sind, darunter einer der wichtigsten Punkte, die man in solchen Diskussionen haben kann, nämlich der finanzielle Aspekt. Wir glauben, dass der Finanzausgleich deutlich überarbeitet werden muss, um letztlich gleichwertige Lebensverhältnisse zu erreichen.

Meine Damen und Herren, Danke an alle, die mitgewirkt haben, auch an die Experten und all die Stellen, die uns beraten und uns geholfen haben, ohne deren Mitwirkung dieser Bericht wohl nicht in dieser Form möglich gewesen wäre.

Meine Damen und Herren, der Freistaat Bayern ist ein Bundesland mit höchst unterschiedlichen Regionen, mit verschiedenen Gebieten, Städten und Dörfern, verschiedenen Mundarten und Traditionen, Prägungen und Erfahrungen. Gerade in einem solch großen, heterogenen Bundesland wie Bayern das Ziel gleichwertiger Lebensver-

hältnisse und Arbeitsbedingungen auf Verfassungsrang zu heben, ist mutig, fordert uns alle aber gleichzeitig auf, entsprechend zu handeln. Meine Damen und Herren, wir wissen, dass diese gleichwertigen Lebensverhältnisse in Bayern in manchen Bereichen im Argen liegen. Wenn wir sehen, was die Bevölkerungsvorausrechnungen manchen Regierungsbezirken prognostizieren, nämlich schwindende Einwohnerzahlen und ein Anwachsen der Zahl der leerstehenden Häuser, dann, glaube ich, muss dem entgegengearbeitet und entgegengewirkt werden.

Die Breitbandversorgung nimmt in unserem Abschlussbericht breiten Raum ein. Wenn wir das anschauen und sehen, dass die Großstädte da wesentlich besser versorgt sind als der ländliche Raum, dann muss uns das regelrecht zum Handeln auffordern, meine Damen und Herren. Da müssen wir auch bereit sein, unsere Zuschussrichtlinien zu ändern. Wir haben sie in einigen Bereichen geändert, und zwar dort, wo es um die Grenzgebiete entlang zu Tschechien geht. Da haben wir solche Änderungen. Aber grundsätzlich muss es möglich sein, dass jede Kommune heute mit mindestens 100 Mbit/s versorgt ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Alles andere darunter ist nicht mehr zeitgemäß. Wenn wir heute noch bei Zuschüssen, wo die EG mit dabei ist, von 30 Mbit/s sprechen, meine Damen und Herren, dann ist das Schnee von gestern und eine Zumutung für unseren ländlichen Raum.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Trotzdem sind manche Gemeinden darauf angewiesen, diese Zuschüsse zu beantragen. Meine Damen und Herren, wir brauchen eine leistungsstarke Breitbandversorgung.

Wir brauchen aber auch eine gute ärztliche Versorgung, eine Pflegeversorgung, bei der wir wissen, dass auf dem Land ähnliche, gleichwertige Lebensverhältnisse wie in den Städten herrschen. Wir brauchen eine flächendeckende ärztliche Versorgung,

auch wenn wir ein System einführen müssen, mit dem wir jungen Ärzten, die bereit sind, auf das Land rauszugehen, Zuschüsse für die Einrichtung einer Praxis geben, und mit dem wir Rücksicht auf Studenten nehmen, die bereit sind, hinterher in die Fläche, auf das flache Land rauszugehen.

Meine Damen und Herren, all das sind Punkte, die wir diskutiert und erörtert haben und wo wir glauben, dass noch einiges getan werden muss. Gute Bildungsangebote, wohnortnahe Schulen, starke, lebenswerte ländliche Regionen – das ist es, wofür wir eintreten, wofür wir mit Überzeugung kämpfen können und müssen. Meine Damen und Herren, "Hochschule im ländlichen Raum" wird seit einigen Jahren praktiziert; aber ich kann mich noch an eine Zeit erinnern, als es geheißen hat, da mischt sich der Freistaat Bayern nicht ein, das überlassen wir den Hochschulen draußen. – Ich schaue auf die FH in Deggendorf, die weit über Niederbayern hinaus positive Auswirkungen zeigt. Dies wird letztlich auch darin münden, dass im Rahmen des dualen Studiums die Menschen, die dort studieren und in einem Betrieb arbeiten, in der Regel in diesem Betrieb bleiben werden, in unserem ländlichen Raum bleiben werden. Das ist es, was wir brauchen. Das ist es, was die Lebensqualität in diesen ländlichen Räumen ausmacht. Auch das zeigt dieser Bericht in sehr eindeutiger und starker Form.

Meine Damen und Herren, der ÖPNV ist halt nicht überall in der Stadt und nicht überall im ländlichen Raum gleich. Das ist von meinen Vorrednern schon angesprochen worden. Im ländlichen Raum hat man oft eine Stundentaktung, meine Damen und Herren. Wir haben aber auch Regionen in unserem Raum, wo keine Stundentaktung gegeben ist und man nur zweimal am Tag in die Kreisstadt kommt. Meine Damen und Herren, da muss etwas geändert werden. Es gibt gute Ansätze. Es gibt Lösungsvorschläge. Aber dafür muss auch das Geld da sein. Da müssen wir eben mehr Gelder aus dem Kfz-Steuerverbund an die Kommunen weitergeben, damit hier einigermaßen gleichwertige Lebensverhältnisse geschaffen werden können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir waren uns auch einig, dass wir die freiwilligen und die Pflichtleistungen der Kommunen in unserer Gemeindeordnung überarbeiten müssen und hier Änderungen notwendig sind. Auch das wird uns in den nächsten Monaten und Jahren beschäftigen. Meine Damen und Herren, diese Enquete-Kommission wurde ins Leben gerufen – wir kannten diese Probleme schon vorher im großen Rahmen –, um dieser wichtigen Querschnittsaufgabe gerecht zu werden und diese nicht aufgrund tagespolitischer Auseinandersetzungen und Streitereien aus den Augen zu verlieren.

Für uns FREIE WÄHLER steht fest: Bayern muss lebenswerte Heimat sein und lebenswerte Heimat bleiben, vom Untermain bis zum Königssee, vom Bayerischen Wald bis zum Allgäu. Das gelingt nur durch die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in unserem Freistaat Bayern. Ungleiche Lebensverhältnisse haben dazu geführt, dass wir in Bayern eine Binnenwanderung erleben, ein Land-Stadt-Gefälle. Der ländliche Bereich verliert, die Stadt gewinnt.

Meine Damen und Herren, diese Zuwanderungen und Abwanderungen stellen sowohl die Gewinner als auch die Verlierer vor riesengroße Probleme. Diese Probleme gilt es zu verhindern bzw. zu vermeiden. Auch dafür werden in dem Enquete-Bericht vernünftige Lösungen aufgezeigt.

Uns FREIEN WÄHLERN war in den Beratungen der Enquete-Kommission wichtig, dass nicht nur blumige Forderungen und Empfehlungen in den Abschlussbericht, der nun vorliegt, einfließen, welche sich nicht sonderlich von den bereits erwähnten Tagesordnungspunkten unterscheiden. Klar sind Forderungen wie die nach Bereithaltung eines möglichst wohnortnahen Grundschulangebots oder nach bedarfsgerechten Investitionen in den ÖPNV auch in unseren Augen wichtig und richtig; doch können diese allein keine gleichwertigen Lebensverhältnisse herbeiführen. Es geht also darum, das große Ganze im Blick zu behalten. Leidenschaftlich wurde daher in der Enquete-Kommission diskutiert, wie diese am besten erreichbar wären.

Nochmals zurück zur Begrifflichkeit: Was bedeuten Worte wie "wohnnah" oder "bedarfsgerecht" eigentlich? Handelt es sich um Wörter mit Gehalt, oder sind es vielmehr politische Begriffe? Was nutzen uns solche Begriffe also in der Diskussion um gleichwertige Lebensverhältnisse?

Wie sich mit Blick auf die im Abschlussbericht enthaltenen Handlungsempfehlungen zeigt, sind diese zwar nicht zu vernachlässigen, können jedoch erst in Kombination mit einem weiteren Aspekt voll zur Wirkung und zur Geltung kommen. Deshalb haben wir, die FREIEN WÄHLER, vehement um die Entwicklung eines Indikatorensystems gerungen, mit dem man den Begriff "Gleichwertigkeit" messen, aber auch sichtbar machen kann.

Meine Damen und Herren, wir müssen die Erreichung des Ziels der Gleichwertigkeit immer wieder auf den Prüfstand stellen. Die Festschreibung dieses Ziels müssen wir immer zum Anlass nehmen, um festzustellen, wie weit wir mit den Punkten, die wir ändern wollen, gekommen sind. Wenn ich hierfür kein Indikatorensystem habe, dann werde ich weder Fortschritte verzeichnen noch Rückschritte messen können. Wir haben das Indikatorensystem im Bericht festgehalten. Wir meinen, dass zumindest zweimal in einer Legislaturperiode ein Bericht gegeben werden muss, damit wir sehen, was sich gebessert hat. Anhand der Zahlen können wir vergleichen, was sich getan hat: Ist zum Beispiel die ärztliche Versorgung um 10 Ärzte je 100.000 Einwohner im ländlichen Raum besser geworden – was uns nicht viel weiterhelfen würde –, oder sind es 50 oder 100 geworden? All diese Zahlen müssen wir vergleichen. Nur dadurch werden wir in der Zukunft messen können, ob wir die Kriterien, die wir ja auch an uns selbst stellen, einhalten und die Ziele zum Wohle Bayerns realisieren. Wir sind der festen Überzeugung, dass ein Indikatorensystem, wie es in den Schlussbericht Eingang gefunden hat, für Bayern ein großer Schritt in Richtung gleichwertige Lebensverhältnisse ist.

Gemeinsam mit den Experten der Enquete-Kommission, denen ich ebenfalls für ihr intensives Engagement danken möchte, haben wir zahlreiche Indikatoren anhand von vier Gerechtigkeitsdimensionen festgelegt:

Zum Ersten geht es um die Verteilungsgerechtigkeit, das heißt um die Verteilung der Mittel, die der Freistaat Bayern zur Verfügung hat. Zum Zweiten geht es um die Verfahrensgerechtigkeit: Passen die Verfahren, die wir haben? Müssen wir die Schrauben ändern? Was ist zu tun? Die dritte Gerechtigkeitsdimension umfasst die Chancengerechtigkeit, die vierte die Generationengerechtigkeit. All diese Dimensionen müssen wir beachten.

Durch diese Indikatoren wird es möglich, sich auf der Basis erhobener Daten ein Bild zu verschaffen und, darauf aufbauend, konkretes Handeln einzuleiten.

Auffällige Indikatorenwerte sollen uns zeigen, wenn etwas in einem bestimmten Gebiet in Schieflage geraten ist, damit wir dann zielorientiert konkrete Schritte einleiten können. Ich möchte dies an einem kleinen Beispiel verdeutlichen: Nehmen wir den Indikatorenwert Kitaplätze, welcher unter die Dimension der Verteilungsgerechtigkeit fällt. Würde die Zahl der Kitaplätze pro Einwohner im Erhebungsraum unter einen Wert X fallen, würde dies schwarz auf weiß aufzeigen, dass Handlungsbedarf besteht. Wenn diese Zahlen positiv sind, dann können wir erkennen, dass wir das, was wir wollten, erreicht haben. Genauer gesagt handelt es sich hierbei um eine Art Frühwarnsystem, da diese Daten in regelmäßigen Zeitabständen erhoben, ausgewertet und interpretiert werden sollen. Somit können Problemlagen schneller erkannt und entschärft werden. Insgesamt haben wir 43 solcher Indikatoren in das System übernommen, welche von sozialer Infrastruktur über Wirtschaft und Gesundheitsversorgung bis hin zum kulturellen Angebot weite Bereiche abdecken.

Was ist das Besondere an diesem System? – Es ist kein starres System. Die Regionen können eigene Schwerpunkte bei der Heranziehung von Indikatoren setzen.

Somit werden die Regionen vergleichbarer, und innerhalb der Regionen ist der Vergleich ebenfalls wesentlich besser als bisher möglich.

Wir können zu Recht behaupten, der Öffentlichkeit mit diesem Abschlussbericht ein Werk zu präsentieren, das genügend Anknüpfungspunkte für die in der Politik Handelnden enthält, um in Sachen Gleichwertigkeit voranzukommen.

Aufbauend auf den Erkenntnissen aus den Kommissionssitzungen kündige ich die rasche parlamentarische Umsetzung an, um nun auch die Staatsregierung in dieser Sache anzutreiben. Von Arbeitspolitik über Finanzpolitik bis hin zur Landwirtschaft – wir wollen die Staatsregierung in die Pflicht nehmen, um tatsächlich Verbesserungen im Freistaat zu erreichen. Auf die Debatten hier im Landtag sind wir schon gespannt.

Ich darf ankündigen, dass wir ein Paket mit 20 Anträgen relativ zeitnah einbringen werden, weil wir glauben, dass wir mit der Umsetzung dieses Berichts, mit der Realisierung des Ziels gleichwertiger Lebensverhältnisse für ganz Bayern nicht allzu lange warten sollten.

Meine Damen und Herren, wir FREIE WÄHLER hoffen, dass dieser Abschlussbericht mehr Wirkung entfalten wird, als es so manche vorausgegangene Enquete-Kommission des Bayerischen Landtags getan hat; davon gab es ja nicht allzu viele.

Tragen wir alle gemeinsam dafür Sorge, dass zukünftig in Bayern Fehlstellungen schneller erkannt und Probleme schneller gelöst werden – zumindest schneller, als es bisher der Fall war. Es gibt wahrlich viel zu tun. Packen wir es an! "Gleichwertige Lebensverhältnisse" dürfen nicht länger Worthülse sein, sondern müssen rasch realisiert werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Hanisch. – Nächster Redner ist Herr Kollege Ganserer. Bitte schön, Herr Ganserer.

Markus Ganserer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! "Der Staat ... fördert und sichert gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern, in Stadt und Land." So steht es seit Oktober 2013 in der Bayerischen Verfassung.

Wir wollen faire Chancen für alle Menschen erreichen, egal wo und wie sie leben. Damit dieser berechnigte Anspruch für alle Menschen gilt, braucht es mehr als eine Verfassungsänderung. Deswegen war es mir persönlich eine Ehre, in der Enquete-Kommission an Lösungsstrategien mitarbeiten zu dürfen.

Dem Dank an die Experten, die Referentinnen und Referenten der Fraktionen und die Mitarbeiter des Landtagsamtes möchte ich mich anschließen.

Mein Dank gilt den Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen für den fairen Stil und die konstruktive Zusammenarbeit über dreieinhalb Jahre hinweg.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER)

Ich denke, es wird allen Fraktionen so gehen, dass einzelne Handlungsempfehlungen hinter den Forderungen der jeweiligen Partei zurückbleiben. Auch wenn es deshalb auf der Zielgeraden manchmal geknirscht hat, war es mir persönlich ein wichtiges Anliegen, dass wir diesen Abschlussbericht weitgehend einstimmig, im Konsens verabschieden. Dafür gilt mein Dank namentlich dem Vorsitzenden Berthold RÜth und seinem Stellvertreter Christoph Rabenstein. Wir haben mit diesem einstimmigen Abschlussbericht ein kraftvolles Zeichen gesetzt: Wir alle im Bayerischen Landtag meinen es ernst mit dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse. Wir haben fraktionsübergreifend Handlungsbedarf aufgezeigt und fordern geschlossen die Staatsregierung zum Handeln auf.

An diesem Bericht wird sich die gegenwärtige und die kommende Bayerische Staatsregierung messen lassen müssen. Anders als es die Heimatberichte der Staatsregie-

rung in den letzten Jahren suggerieren wollten, entwickeln sich die einzelnen Landesteile in Bayern unterschiedlich. Es besteht ein deutliches Nord-Süd-Gefälle. Es besteht ein Gefälle zwischen Stadt und Land und zwischen Zentrum und Randlage. Menschen, die im ländlichen Raum, in kleinen Orten, abseits der Ballungsräume leben, haben im Alltag oft hohe Hürden zu bewältigen. Der Weg zur Arbeit dauert lange. Einen Arzt kann man allenfalls im Nachbarort oder in der nächsten Kreisstadt aufsuchen. Der Weg zum nächsten Gymnasium beträgt 20 km. Wer kein Auto hat, kommt in der Regel im Alltag nicht zurecht, weil nur selten ein Bus fährt, an den Wochenenden und in den Abendstunden schon gar nicht. Auch die Möglichkeiten, die das Internet bieten würde, helfen nicht, weil nämlich der schnelle Internetanschluss, sprich der Glasfaseranschluss, fehlt.

Am auffälligsten sind diese Unterschiede in den Grenzregionen Bayerns, von Unterfranken über die Grenzgebiete zu Tschechien bis ins südliche und östliche Niederbayern. Sicher, kein Mensch kann von der schönen Landschaft allein leben. Die Menschen brauchen Arbeitsplätze und Zukunftsperspektiven. Aber an dieser Stelle gibt es keinen Anlass, den ländlichen Raum schlechtzureden. Schauen wir doch einfach auf die Arbeitslosenzahlen.

Die Statistik vom November zeigt für den Agenturbezirk Bamberg-Coburg eine Arbeitslosenquote von 2,8, für Schwandorf 2,5 und für Deggendorf 2,5. Das sind die Regionen, die oftmals die Randlage darstellen und in vielen Lebensbereichen deutliche Abstriche in Kauf nehmen müssen. Jedoch herrscht in diesen Regionen im Gegensatz zu den Ballungsräumen nahezu Vollbeschäftigung, was man an den Arbeitslosenquoten sehen kann. Die Unternehmen in diesen Regionen haben mittlerweile das Problem, Fachkräfte zu finden. Trotzdem wandern junge Menschen aus diesen Regionen ab. Wir müssen uns fragen: Warum ist das so? – Ganz einfach, weil das Leben eben nicht nur aus Arbeit besteht. In Zeiten von Vollzeitbeschäftigung kann ein Unternehmer eben nur dort, wo die Lebensqualität stimmt, junge, engagierte und gut ausgebildete Menschen als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewinnen oder halten.

"Should I stay or should I go?" Das ist die Frage: Soll ich hierbleiben, oder soll ich gehen? – Für diejenigen, die des Englischen nicht ganz so mächtig sind. – Diese Frage stellen sich viele junge Menschen im ländlichen Raum. Meist entscheidet man sich dafür oder dagegen, je nachdem, ob die weichen Standortfaktoren stimmen. Viele Gespräche während der Enquete-Kommission haben bestätigt, dass es vor allem die weichen Standortfaktoren sind, die das Leben auf dem Land lebenswert machen.

Im Bayerischen Landtag ist es üblich, dass man mit dem Beschluss zur Einrichtung einer Enquete-Kommission den Experten einen Fragenkatalog mit auf den Weg gibt. Ich musste jedoch feststellen, dass uns der detaillierte Fragenkatalog bei der Arbeit oftmals abgelenkt hat. Er hat unseren Fokus zu sehr auf Detailfragen gelenkt. Trotzdem ist es uns immer wieder gelungen, uns von einzelnen Detailfragen zu lösen und das Gesamte im Blick zu haben und die Fragestellung grundsätzlich und ganzheitlich zu beantworten.

Das Ergebnis ist das Modell der räumlichen Gerechtigkeit und die Notwendigkeit der Subjektperspektive. Menschen aus strukturschwachen Regionen oder aus sozial schwächeren Familien dürfen wegen ihrer räumlichen oder sozialen Herkunft eben nicht benachteiligt oder abgehängt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Daher müssen wir den Menschen in den Mittelpunkt unserer Wahrnehmung rücken. Wir müssen die individuellen Lebensverhältnisse besonders derjenigen im Blick haben, die von ungleichen Lebensverhältnissen in besonderer Weise benachteiligt sind. Die vier Dimensionen der räumlichen Gerechtigkeit müssen daher Richtschnur und Kompass der politischen Entscheidungen werden. Neben der Verteilungs-, der Chancen- und der Verfahrensgerechtigkeit ist auch die Generationengerechtigkeit zu berücksichtigen. Gerade hier zeigt sich ganz deutlich ein großer Handlungsbedarf bei der bisher verfehlten Politik des Noch-Heimatministers.

Durch die Aufweichung der landesplanerischen Vorgaben soll die Bebauung großflächiger Gewerbegebiete jenseits bestehender Siedlungsstrukturen ermöglicht werden. Der ungebremste Flächenverbrauch in Bayern zerstört natürliche Lebensgrundlagen und trägt zur Verödung unserer Ortskerne bei. Aber Generationengerechtigkeit bedeutet doch, dass wir bei politischen Entscheidungen dafür sorgen müssen, dass die Entfaltungsmöglichkeiten der zukünftigen Generationen nicht beeinträchtigt werden. Deswegen müssen wir den Flächenverbrauch in Bayern reduzieren. Den Menschen auf dem Land sind die vierte Dimension der räumlichen Gerechtigkeit, die Generationengerechtigkeit und der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, wichtig. Dies zeigt sich auch am Zuspruch der Menschen zum Volksbegehren "Betonflut eindämmen. Damit Bayern Heimat bleibt."

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie bereits erwähnt, liefert der schön gefärbte Heimatbericht eben keine Antwort auf die Frage, wie groß das Ausmaß der regionalen Disparitäten in Bayern ist. Wir brauchen eine objektive und wiederkehrende Bestandsaufnahme. Es ist als großer Erfolg der Enquete-Kommission zu werten, dass wir ein Indikatorensystem entwickelt haben, das die Unterschiede entlang der vier Dimensionen der räumlichen Gerechtigkeit erfassbar und messbar machen soll.

Ich halte eine weitere und tiefergehende Auseinandersetzung mit den Indikatoren für dringend notwendig. Aber die Implementierung ist umso wichtiger. Wir müssen dieses Messsystem, dieses Koordinatensystem implementieren. Dies wäre ergänzend oder analog zum Raumordnungsbericht eine ganz wichtige Sache. Die Lebensverhältnisse in Bayern müssen regelmäßig und objektiv gemessen und bewertet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine Schlüsselrolle zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse kommt ohne Zweifel den Kommunen zu. Die Menschen erwarten von den Kommunen, dass die notwendigen Leistungen der Daseinsvorsorge bereitgestellt werden. Die Menschen

nehmen in der Regel eine Einteilung in freiwillige Leistungen und Pflichtaufgaben nach dem Kommunalrecht nicht vor. Dass das Wasser aus der Leitung kommt und die Straßen in Schuss gehalten werden, erachten die Menschen als eine Selbstverständlichkeit. Aber die Menschen erwarten genauso ein Mindestangebot an ÖPNV. Sie erwarten genauso ein Mindestangebot an Kultur- und Sporteinrichtungen. Die letzteren Punkte machen als weiche Standortfaktoren das Leben richtig lebenswert. Das sind eben freiwillige Leistungen. Die finanzielle Ausgangslage der bayerischen Kommunen ist trotz des kommunalen Finanzausgleichs sehr unterschiedlich. Wir werden die Kommunen in die Lage versetzen müssen, ausreichend in freiwillige Leistungen, in weiche Standortfaktoren, investieren zu können, um gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen.

Deshalb haben wir es als wichtig erachtet, die Handlungsempfehlung mitzuverfassen und den Katalog der freiwilligen Leistungen und Pflichtaufgaben zu überarbeiten. Wie die anderen Oppositionsfraktionen haben auch wir uns dafür ausgesprochen, den Anteil der Kommunen am allgemeinen Steuerverbund schrittweise zu erhöhen. Damit kann der freie Gestaltungsspielraum der Kommunen ermöglicht werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kommen wir nun zu einem weiteren wesentlichen Punkt der individuellen Entfaltungsmöglichkeiten: die Mobilität. Mobilität ist ein Grundbedürfnis der Menschen und eine Grundvoraussetzung, um am sozialen und gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Wir dürfen nicht außer Acht lassen, dass es relevante Bevölkerungsgruppen gibt, die kein Auto haben, auch wenn das Auto heute Hauptverkehrsmittel Nummer eins im ländlichen Raum ist und vermutlich auch in Zukunft bleiben wird.

Nehmen wir die jungen Menschen, die noch keinen Führerschein haben, die sozial Schwachen, die sich kein Auto leisten können, oder die alten Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr Auto fahren können. Auch sie wollen am gesellschaftlichen Leben teilhaben, auch sie haben Mobilitätsbedürfnisse. Daher ist es ganz

wichtig, dass wir diese Menschen mit einem auch im ländlichen Raum wieder gut ausgebauten und dichten ÖPNV-Angebot am gesellschaftlichen Leben teilhaben lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich finde, das Kapitel Mobilität ist ein wirklich großer Erfolg. Es trägt eindeutig eine grüne Handschrift. Wir haben zahlreiche Handlungsempfehlungen einstimmig verabschiedet, zum Beispiel die konsequente Umsetzung der Nahverkehrsrichtlinie, flächendeckende Verkehrs- und Tarifverbünde, ein landesweit einheitliches Tarifsysteem, die Aufstockung der bestehenden ÖPNV-Fördermittel und vieles mehr. Es ist dringend notwendig, zu handeln und bald zu handeln. Noch-Heimatminister Söder hat in seinem 10-Punkte-Programm angekündigt, bis zum Jahr 2050 dafür zu sorgen. Das ist viel zu spät. Wir erwarten, dass sofort gehandelt wird.

Mich freut es, dass wir diese Forderungen einstimmig erhoben haben, weil noch vor wenigen Monaten einzelne dieser Forderungen als grüne Initiative von der CSU abgelehnt worden sind. Deswegen ein besonderer Dank, dass man sich dazu durchringen konnte, dies einstimmig zu verabschieden. Jetzt ist eben auch die Umsetzung gefordert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE fordern darüber hinaus schon seit Langem einen flächendeckenden Glasfaserausbau, weil die Bundesregierung und auch die Bayerische Staatsregierung unserer Meinung nach viel zu lange auf den Ausbau mit Kupferkabeln gesetzt haben. Aber die damit erzielten Übertragungsgeschwindigkeiten sind heute schon kaum mehr wettbewerbsfähig, und wenn die Entwicklung so weitergeht, werden die Unterschiede und der technologische Rückstand auf dem Land schnell noch viel größer werden. Ein flächendeckender Zugang zum schnellen Internet ist sowohl für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmer als auch für die digitale Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger unabdingbar. Deswegen besteht hinsichtlich der Bereitstellung einer schnellen In-

ternetverbindung und eines flächendeckenden Glasfaserausbaus dringender Handlungsbedarf, der auch von der Enquete-Kommission gesehen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In dünn besiedelten Regionen ist das Ladensterben am gravierendsten. Mittlerweile ist in jeder vierten Gemeinde in Bayern kein eigener Lebensmittelladen mehr vorhanden. Aber gerade die kleinen Läden im Dorf versorgen die Menschen nicht nur mit Lebensmitteln, sie schaffen auch Leben im Dorf. Wenn der letzte Laden geschlossen wird, dann bedeutet das auch eine Abwertung der Kommune als Wirtschafts- und Lebensraum.

Meiner Meinung nach macht es sich die CSU-Regierung zu einfach, wenn sie sagt: Ja mei, die Leute stimmen mit dem Gaspedal bzw. mit dem Einkaufswagen ab und fahren lieber mit dem Auto zu Aldi auf die grüne Wiese. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn die Lebensqualität schwindet, weil der Markt versagt, dann ist die Politik gefragt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen ist es dringend notwendig, dass wir die Dorfläden-Initiativen, die neues Leben in die Dörfer bringen wollen, mehr unterstützen. Um das Ladensterben in unseren Ortskernen aufzuhalten und den Bau von Supermärkten auf der grünen Wiese zu unterbinden, brauchen wir ganz dringend wieder strengere Vorgaben im Landesentwicklungsprogramm.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit komme ich zum nächsten Gesichtspunkt. Das Staatsziel gleichwertiger Lebensverhältnisse ist ein klarer Gestaltungsauftrag an den Staat. Dafür braucht es einen Plan. Dem steht diametral entgegen, dass die Landesentwicklung als Kernstück der Landesplanung bei den Reformprozessen der letzten Jahre immer mehr geschliffen worden ist. Dadurch ist ein unkoordiniertes Nebeneinander von fachlichen Konzepten

und Programm entstanden. Das verursacht Reibungsverluste und lässt Synergieeffekte ungenutzt.

Der Plan von Heimatminister Söder, Ministerpräsident zu werden, mag vielleicht aufgehen; aber dieser Plan reicht bei Weitem nicht für eine gute Landesentwicklung aus. Deswegen fordert auch die Enquete-Kommission, dass die Landesplanung wieder ihre koordinierende Funktion übernimmt.

Zwei Dinge möchte ich noch kurz ansprechen. Zunächst zum Bauen und Wohnen: Wir dürfen natürlich auch die Lebenssituation der Menschen in den Ballungsräumen nicht aus den Augen lassen. Gegen die explodierenden Mietpreise müssen wir dringend vorgehen, damit das Wohnen in der Stadt nicht nur vom Geldbeutel abhängig ist, sondern dass auch "Normalsterblichen", also Menschen mit einem normalem Einkommen, das Leben in Ballungsräumen möglich ist.

Auch die Gesundheitsvorsorge ist ein ganz wichtiges Kapitel. Hier haben wir große Defizite und müssen dringend schauen, dass wir durch eine Zusammenarbeit der Beteiligten im Gesundheitsbereich einer weiteren Ausdünnung der Gesundheitsangebote im ländlichen Raum entgegenwirken können. Auch hierzu schlagen wir ein ganzes Bündel an Maßnahmen vor.

Ich fasse am Schluss zusammen: Trotz der guten wirtschaftlichen Lage in Bayern entwickeln sich einzelne Landesteile unterschiedlich und zum Teil in entgegengesetzter Richtung. Zum Erreichen gleichwertiger Lebensverhältnisse besteht in vielen Politikbereichen dringender Handlungsbedarf. Hier reicht ein Heimatministerium alleine nicht aus. Wir brauchen eine andere Politik für den ländlichen Raum. Handlungsempfehlungen liegen seit dem heutigen Tag auf dem Tisch. Diese gilt es jetzt umzusetzen.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN – Beifall des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Ganserer. – Nächster Redner ist Herr Kollege Gibis. Bitte schön, Herr Gibis.

Max Gibis (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern – dies ist, wie wir wissen und heute schon des Öfteren gehört haben, inzwischen eine Forderung mit Verfassungsrang. Dies hört sich zunächst einfach an, ist es aber im Detail nicht. Bei der Arbeit in unserer Enquete-Kommission haben wir sehr schnell feststellen müssen, dass dies eine sehr komplexe Herausforderung ist.

Wir haben uns zu Beginn der Arbeit in der Enquete-Kommission über sehr grundsätzliche Fragen unterhalten: Wie definiert man überhaupt Gleichwertigkeit? Wie kann man Gleichwertigkeit messen? Stichwort Indikatoren, über die heute ja auch schon des Öfteren geredet wurde. Vor allem: Was bedeutet Gleichwertigkeit für die Menschen in Bayern, wo doch jeder ein anderes Lebensumfeld, eine andere Lebenssituation hat? Was ist der Unterschied zwischen Gleichheit und Gleichwertigkeit? Oder auch: Sind die vorab formulierten Fragen des Fragenkatalogs überhaupt geeignet, um zielführend an diese Aufgabe heranzugehen?

Viele, ich gebe zu, oft auch theoretische Diskussionen wurden in der Kommission geführt, natürlich auch unter Einbringung des fachlichen Know-hows unserer Expertinnen und Experten und der Kolleginnen und Kollegen des Landtags. Ich darf mich an dieser Stelle für die wirklich sehr konstruktive Zusammenarbeit und vor allen Dingen für die zielorientierte Zusammenarbeit sehr herzlich bedanken. Ich kann, glaube ich, schon sagen, dass wir alle miteinander das gleiche Ziel verfolgt haben. Selbstverständlich gab es in der einen oder anderen Frage Diskussionen über den richtigen Weg, aber am Ende des Tages wurde das Papier einmütig verabschiedet.

Ich bedanke mich besonders bei den Fraktionsmitarbeitern, die die Kommission begleitet haben. Diese möchte ich an dieser Stelle auch erwähnen. Sie hatten die hehre Aufgabe, das Gesagte, das Diskutierte am Ende einer Sitzung in eine Struktur zu brin-

gen und zusammenfassend darzustellen. An dieser Stelle sei mir auch ein herzlicher Dank an Frau Jarawan dafür erlaubt, dass sie sozusagen den Laden zusammengehalten hat.

(Allgemeiner Beifall)

Um nicht nur theoretisch zu diskutieren, waren wir mit der Kommission auch in Bayern unterwegs und haben uns die jeweiligen Herausforderungen in den einzelnen Regionen angesehen. Wir haben mit den dortigen Akteuren und in erster Linie auch mit den verantwortlichen Kommunalpolitikern gesprochen. Dabei haben wir auch gesehen, dass durchaus unterschiedlich an die jeweiligen Herausforderungen herangegangen wird. Wir haben in Niederbayern, in Unterfranken, in Oberfranken gesehen, was alles positiv entwickelt werden kann, wenn sich mehrere Gemeinden im Rahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung – ILE – zur interkommunalen Zusammenarbeit zusammenschließen und gemeinsam und zielgerichtet an den bevorstehenden oder an den bestehenden Aufgaben arbeiten und an diese herangehen, ganz gleich, ob es um Leerstände, um ÖPNV im ländlichen Raum, um medizinische Versorgung, um Kinderbetreuung, um Wohnen oder ganz generell um öffentliche Infrastruktur geht oder ging.

Grundsätzlich kann man feststellen: Wenn man interkommunal denkt und arbeitet, wenn der Horizont der kommunalpolitisch Verantwortlichen nicht am eigenen Kirchturm endet, wenn man aktiv und am besten gemeinsam mit der Bevölkerung die bestehenden Herausforderungen aufgreift und wenn man nicht bereit ist, vor zurückgehenden Einwohnerzahlen, abnehmenden Arbeitsplätzen und negativer demokratischer Entwicklung zu kapitulieren, dann ist vieles möglich, wie die Beispiele gezeigt haben.

Wir haben dafür auf unseren Infofahrten sehr viele gute Beispiele, sogenannte Best-Practice-Beispiele, gesehen, die uns auch gezeigt haben, dass den Kommunen bei der Bewältigung dieser Aufgaben und Herausforderungen eine sehr große Verantwortung zukommt. Wir haben auch festgestellt, dass es bereits sehr viele gute Werkzeuge gibt. Christoph Rabenstein hat den Begriff Werkzeuge heute auch schon benutzt,

ohne dass wir uns darüber abgesprochen haben. Wir haben schon sehr viele gute Werkzeuge im Werkzeugkasten des Freistaates Bayern, um die Gemeinden, die Landkreise, die Regionen und die Kommunalpolitiker bei der Bewältigung dieser Herausforderungen zu unterstützen.

Ich gebe zu – das weiß ich auch aus eigener Erfahrung als Bürgermeister –, dass es nicht immer ganz einfach ist, sich in diesem Werkzeugkasten zurechtzufinden. Man muss schon permanent suchen, um das jeweils richtige Werkzeug zu finden und das jeweilige Problem, das gelöst werden soll, lösen zu können. In der Regel und im Normalfall gibt es dafür aber ein Werkzeug. Ebenfalls kann ich aus meiner Erfahrung als Bürgermeister sagen – das bestätigen mir auch heute noch sehr viele Bürgermeister –, dass wir manchmal zu viel Zeit und auch zu viel Geld für theoretische Konzepte verschwenden, statt die Mittel zielgerichtet für die Durchführung praktischer Projekte einzusetzen.

Manchmal wäre auch eine flexiblere Verwendung von Fördermitteln aus den verschiedenen Fördertöpfen und den verschiedenen Förderprogrammen, die es gibt, wünschenswert. Die Kommunen sollten mit den Fördermitteln flexibler umgehen können und nicht in die bestehenden Richtlinien eingezwängt werden. Dann wäre manches in der Praxis einfacher realisierbar.

(Beifall bei der CSU)

Ich schlage deshalb vor – das ist jetzt zwar kein Handlungsfeld, das sich aus dem Bericht der Enquete-Kommission ergibt, aber das ist eine Erfahrung aus der Lebenswirklichkeit –, dass wir weniger Konzepte aufstellen, aber mehr Projekte durchführen. Das könnte man auch den Ausführungen über die Hilfe für die Kommunen als Überschrift geben.

Der Freistaat Bayern hat viele Förderprogramme im Angebot. Man muss sich nur unter einem bestimmten Stichwort auf die Suche machen und findet dann immer gleich eine ganze Reihe von Förderprogrammen, die vielleicht infrage kommen, egal,

ob es um die Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit, um die Dorferneuerung oder den Städtebau geht, die im Übrigen sehr effektive Werkzeuge sind, oder ob es um den normalen FAG-Fördertopf, um die GVFG-Förderung oder die ÖPNV-Förderung und viele andere Förderprogramme geht.

Neben dem Angebot der passenden Werkzeuge muss der Freistaat aber auch gezielt auf die strukturellen Veränderungen reagieren. Dort, wo mehr Wirtschaftskraft, mehr Unternehmen und mehr Arbeitsplätze gebraucht werden, muss zielgenau in diese Richtung gefördert werden. Das heißt, Wirtschaftsinvestitionen und Ansiedlungen müssen gefördert werden. Dort, wo eine bessere Infrastruktur gebraucht wird, muss verstärkt in den Straßenbau oder in den ÖPNV investiert werden. Der ÖPNV ist heute schon mehrmals genannt worden. Bei den Formen des ÖPNV müssen wir noch viel flexibler werden. Die Takte im ländlichen Raum immer noch mehr zu verdichten, wird nicht zielführend sein. Wir müssen modernere Bedienformen in Form von Rufbussen, Ruftaxen oder was es alles so gibt schaffen. Es macht keinen Sinn, im Halbstundentakt warme Luft durch die Gegend zu fahren. Das ist Verschwendung von Geld. Da müssen wir innovativere Formen zulassen, damit sind wir aber auch auf einem sehr guten Weg.

Zusammengefasst heißt das: Wir dürfen nicht mit der Gießkanne übers Land gehen, wenn es um finanzielle Unterstützung geht, sondern wir müssen die Mittel gezielt dort einsetzen, wo Nachholbedarf besteht, um vor allem die Chancengerechtigkeit herzustellen und zu fördern. Ich denke dabei an die bestehende Wirtschaftsförderung und an den Breitbandausbau.

Beim Breitbandausbau sei mir eine Anmerkung erlaubt, Kollege Ganserer: Sie haben vorhin so getan, als ob wir in Bayern noch keinen Meter Glasfaser verlegt hätten. Wir haben in Bayern bisher 40.000 Kilometer Glasfaserkabel verlegt. Das ist doch eine Leistung. In welchem Umfang und mit welchem Standard das Glasfasernetz ausgebaut wird, entscheiden die Kommunen vor Ort. Hier ist wahnsinnig viel passiert. Dass der Glasfaserausbau nicht in der Geschwindigkeit vorstättengeht, wie wir es uns sel-

ber wünschen, liegt eher an den Kapazitätsproblemen. Wir haben schlicht gesagt zu wenig Bagger in Bayern, die die Schächte für diese Kabel ausgraben. Trotzdem ist viel passiert. Andere Themen sind die Behördenverlagerung, die Dezentralisierung der Hochschulen oder die Investitionen generell in Bildung und Kinderbetreuung. Bei diesen Beispielen sind wir bereits auf dem Weg, um die Chancengerechtigkeit im ganzen Land herzustellen.

Natürlich müssen wir auch permanent prüfen, ob die gesetzten Prioritäten noch passen. In einer sich sehr schnell verändernden Gesellschaft ändern sich auch immer schneller die Herausforderungen. Auf die müssen wir auch reagieren. Wenn wir von Gerechtigkeitsdimensionen sprechen, brauchen wir dazu auch messbare Indikatoren. Der Wert der Indikatoren muss jedes Mal hinterfragt werden. Dass die Zahl der in öffentlichen Einrichtungen betreuten Kinder in manchen Regionen geringer ist als in den Ballungsräumen, ist nicht per se schlecht oder negativ. Im ländlichen Raum sind die Familienstrukturen nun einmal anders. Im ländlichen Raum entscheiden sich viele Mütter oder Eltern dazu, die ersten zwei, drei Jahre bei ihrem Kind zu Hause zu bleiben. Das ist nicht per se schlecht. Bei der Zahl der Schulabgänger ohne Schulabschluss kann man aber Vergleiche anstellen. Das ist in der Stadt genauso schlecht wie auf dem Land.

Bei diesen Indikatoren geht es nicht nur um irgendwelche Zahlen, Quoten oder Prozente, sondern es geht um Gerechtigkeit. Gerechtigkeit ist dann hergestellt, wenn beim Beispiel der Kinderbetreuung alle Eltern, die es wollen, auch die Möglichkeit und die Chance haben, einen Betreuungsplatz in Anspruch zu nehmen. Das ist Gerechtigkeit. Das darf – das füge ich als meine persönliche Meinung hinzu – durchaus auch etwas kosten. Kinderbetreuung darf auch etwas kosten. Das akzeptieren die Eltern auch. Gerechtigkeit ist dann gegeben, wenn alle Menschen in Bayern, egal wo sie wohnen, die gleichen Chancen und die gleichen Möglichkeiten haben.

Deshalb soll dieser Bericht mit all seinen Handlungsempfehlungen als Leitplanke für alle zukünftigen politischen Entscheidungen in Bayern dienen. Ich bin fest davon über-

zeugt – das sieht man schon an den ersten Entwicklungen –, dass der ländliche Raum eine Renaissance erleben wird. Der ländliche Raum kann und soll – dessen bin ich mir sicher – eine gute Zukunft haben.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Gibis. – Nun kann ich dem Kollegen Knoblauch das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Knoblauch.

Günther Knoblauch (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Initiator der Enquete-Kommission Dr. Rabenstein hat heute schon aus der Sicht der SPD und als stellvertretender Vorsitzender verschiedene Aspekte genannt. Ich möchte aus meiner Sicht auf zwei oder drei Punkte eingehen, die entscheidend sind, um das gute Ergebnis, das die Kommission erzielt hat, umzusetzen.

Auch im Fall, dass in einem Landkreis der Arzt, die Pflege, die Schule und die Versorgung vor Ort vorhanden sind, das Kultur- und Freizeitangebot top ist und die Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze im Landkreis liegen, stellt sich trotzdem für viele die Frage: Wie komme ich hin? Wie sind diese Angebote für Junge, für Alte, für Kranke und für Behinderte erreichbar? Viele verfügen nicht über zwei oder drei Autos. Manche wollen sich auch kein Auto zulegen.

Der Bericht hat gezeigt: Mobilitätsangebote und die Erreichbarkeit sind zentrale Herausforderungen für die Schaffung von Lebensqualität und Chancengleichheit sowie für die soziale und gesellschaftliche Inklusion, insbesondere im ländlichen Raum. Dazu gehört der ÖPNV. Wir haben hier verschiedene Standards vorgegeben, wobei uns eines klar sein muss: Gelingt es nicht, den ÖPNV menschengerecht zu machen, wird diese fehlende Infrastruktur zu einer Isolierung der Menschen im ländlichen Raum führen.

Der Bericht hat auch gezeigt: Die Ertüchtigung des ÖPNV in den prosperierenden Räumen hat noch nicht mit den Bedürfnissen Schritt gehalten. Herr Kollege Gibis, deshalb haben wir gesagt, wir brauchen verbindliche Nahverkehrspläne.

(Beifall bei der SPD – Bernhard Roos (SPD): Bravo!)

Wir brauchen eine Aufstockung der Mittel für den ÖPNV und eine Stärkung der Kommunen, die letztlich dafür die Verantwortung haben. Wir brauchen auch Verkehrs- und Tarifverbände, die landesweit aufgestellt sind.

(Beifall bei der SPD – Bernhard Roos (SPD): Bravo!)

Wir brauchen auch ein einheitliches Tarifsystem. Überall dort, wo diese Voraussetzungen vorhanden sind, sind wir weit voraus. Dabei darf es nicht nur nach der Zahl der Fahrgäste gehen. Das ausschlaggebende Kriterium müssen die Fahrten pro Stunde sein. Dieses Kriterium bestimmt die Akzeptanz. Hier handelt es sich um freiwillige Aufgaben der Landkreise und der kreisfreien Städte. Das müssen wir beachten. Wir müssen sie unterstützen und dürfen sie dabei nicht alleinlassen.

Ein weiteres Thema, das ich ansprechen möchte, ist die Bahnanbindung und der Bayern-Takt. Auch über dieses Thema haben wir in der Enquete-Kommission Einvernehmen erzielt. Der Stundentakt trägt dazu bei, dass die Leute nicht in die Stadt ziehen, sondern auf dem Land wohnen und ohne Auto in die Stadt fahren können. Dies trägt auch zu einer Verringerung der CO₂-Werte in den Innenstädten bei. Wir müssen deshalb die Bayerische Eisenbahngesellschaft auffordern, hier mehr Geld einzusetzen. In den Beratungen über den Nachtragshaushalt müssen wir uns deshalb auch darüber unterhalten, ob der Bayerischen Eisenbahngesellschaft mehr Geld zur Verfügung gestellt werden sollte.

Ich möchte noch auf einen weiteren Punkt eingehen, nämlich den Breitbandausbau. Trotz aller Leistungen der letzten Jahre hinken wir hier noch hinterher.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Die SPD?)

In Schweden sind 95 % der Menschen ans Internet angebunden und nutzen es. Schweden liegt damit im europäischen Vergleich auf Platz 4. Wir befinden uns auf dem 24. von 28 Plätzen. Außerdem haben wir immer noch im ganzen Land Funklöcher, wodurch die Firmen und die Nutzer beeinträchtigt werden.

(Ingrid Heckner (CSU): Die Kommunen wehren sich gegen Funkmasten!)

Wir sollten die Glasfaserkabel in den Siedlungen nicht nur bis zu den Verteilkästen verlegen, sondern auch in die Häuser. Wir sollten uns einmal ein Beispiel an der Post nehmen. Sie hat es vor 100 Jahren fertiggebracht, jedes Haus anzuschließen und nicht nur einen Anschlusspunkt im Dorf zu schaffen.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Günther Knoblauch (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, abschließend noch ein Aspekt. Wir müssen den Kommunen helfen. Nach dem Bundesprogramm sind die Kommunen, wenn sie die Zwischenfinanzierung nach sieben Jahren nicht mehr leisten können, keine Eigentümer mehr. Wir müssen hier die Kommunen stärken; denn ohne die Kommunen und ihre finanzielle Unterstützung wird es nicht gehen. Packen wir's an. Setzen wir dieses gute Werk um!

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Knoblauch. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Trautner. Bitte schön.

Carolina Trautner (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Experten! Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, worum geht es genau? – Für mich – das hat sich auch an den bereichernden Beiträgen unserer hochkarätigen Experten gezeigt – ging es stets darum, die Weichen für die Zukunft des größten Flächenlandes Deutschlands richtig zu stellen. Ich habe diesen Fragenkatalog meinen Bürgermeistern vorgelegt. Die ersten Punkte, die sie mir genannt haben, waren die Gesundheitsversorgung, die ärztliche Versorgung, die Apotheken und die

Pflege. Das sind ganz wichtige Punkte. Sie nannten außerdem die Infrastruktur. Die Reaktivierung einer Bahnstrecke steht bevor. Das ist ganz entscheidend.

Ein wichtiger Punkt ist auch die Bildung. Was entscheidet mehr über die Zukunft als die Bildung? – Die Bildung ist ein Standortfaktor. Warum sollte sich eine Familie an einem Ort ansiedeln oder in ihrer Heimat bleiben, wenn sich dort keine Schule in vertretbarer Entfernung befindet?

(Claudia Stamm (fraktionslos): Stimmt!)

Natürlich können wir uns kein Wunderland malen und von oben herab verordnen, wie sich jede bayerische Region entwickelt; denn die Entwicklungen entscheiden sich nicht nur auf regionaler, sondern auch auf lokaler Ebene. Deshalb wird es nicht ohne die Mitwirkung der Kommunen gehen.

Da die Bildung wichtig ist, lautet in der Konsequenz unsere einstimmige Handlungsempfehlung an die Staatsregierung, neben den wohnortnahen Grundschulen auch an einem möglichst dichten Netz von Mittelschulen und weiterführenden Schulen festzuhalten, damit jede Schule in einer zumutbaren Zeit mit dem Schulbus oder dem ÖPNV erreicht werden kann. Hier geht es darum, dass jeder einen Abschluss machen kann.

Wir haben uns natürlich auch mit den modernen Herausforderungen beschäftigt, zum Beispiel mit den Chancen der Digitalisierung, die heute schon häufig erwähnt und angesprochen worden sind. Auch hier besteht breiter Konsens: Wir müssen nicht nur unsere Schüler und die Lehrkräfte, sondern auch die Schulen für die digitale Zukunft fit machen. Hier haben wir noch viel zu tun. Wir befinden uns aber am Beginn des Weges dorthin und haben bereits vieles vorgebracht. Ergänzende Fernlehrgänge oder das E-Learning können bei der Meisterausbildung oder in der Fort- und Weiterbildung noch eine ganz wichtige Rolle spielen. Bei Berufsschulen, die nicht überall in unmittelbarer Nähe des Ausbildungsortes die gesamte Ausbildungspalette anbieten können, ist es möglich, mithilfe dieser modernen Lernmethoden kleine fachspezifische

Gruppen gezielt zu unterstützen und damit Berufsanfänger oder Schüler in der Region zu halten.

Meine Damen und Herren, Bildung hört aber nicht nach dem Schulabschluss auf. Sie spielt auch im weiteren Erwachsenenleben eine große Rolle. Im Sinne der Gerechtigkeit für alle Generationen müssen wir die Erwachsenenbildung deshalb stärker ausbauen und unterstützen. Wir müssen dabei künftig mehr auf die Kooperation und die Vernetzung achten. Es hat sich herauskristallisiert, dass die Bildungsregionen, die sich in Bayern etabliert haben, noch viel mehr Potenzial entfalten könnten, wenn sie sich mit anderen regionalen Initiativen vernetzen würden.

Gleiches gilt für die interkommunale Zusammenarbeit, die Herr Kollege Gibis angesprochen hat. Wir müssen ein Stück weit weg vom Konkurrenzdenken und hin zur Kooperation kommen. In manchen Fällen wäre das gar nicht so aufwendig. So könnten in Nachbarorten die Zeiten des Schulbeginns abgestimmt werden, um die Fahrtzeiten zu verkürzen. Diese Potenziale gilt es verstärkt auszuschöpfen, auch über die Grenzen von Gebietskörperschaften hinweg.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist von hoher Priorität. Auch hier geht es um Gerechtigkeit, die insbesondere auch die Frauen betrifft. "Passgenaue Betreuungsangebote", "bedarfsgerecht" und "zukunftsorientiert" sind die richtigen Schlagworte. Die Wünsche der Eltern sind vor Ort sehr unterschiedlich. Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb gilt es, eine breite Palette anzubieten. Nach Ansicht der Kommission liegt in der Weiterentwicklung der Betreuung in den Rand- und Ferienzeiten großes Potenzial.

Nun zur Gerechtigkeit gegenüber Menschen mit Behinderungen und mit besonderem Förderbedarf. Wir haben diese Gruppe berücksichtigt und festgestellt, dass wir im ländlichen Raum verstärkt inklusive Angebote schaffen und Förderschulen einrichten müssen. Das ist ein gutes Signal. Die berufliche Bildung liegt uns natürlich auch sehr am Herzen. Praktika, verstärkte Berufsorientierung an allen Schularten und Partnerschaften mit Betrieben könnten dazu führen, dass die Vorteile der beruflichen Bildung

noch stärker genutzt werden. Wir brauchen nicht in jedem Bereich eine steigende Akademisierung. Der brandaktuelle Fachkräftemangel führt es uns eindrucksvoll vor Augen. In manchen Ausbildungsberufen gibt es eine sehr hohe Spezialisierung. Wenige wissen, dass es bundesweit 321 Ausbildungsberufe gibt, davon können 250 in Bayern angeboten werden. Unsere Empfehlung ist deshalb die Schaffung einer zentralen Stelle, an der alle offenen Ausbildungsplätze aufgelistet werden und per Mausklick auf einer Plattform das Ausbildungsangebot in einer bestimmten Region, das beispielsweise innerhalb eines bestimmten Zeitfensters mit dem ÖPNV erreicht werden kann, zugänglich ist.

Bei den Hochschulen hat es bereits eine Dezentralisierung mit der Etablierung von Außenstellen gegeben. Das war sehr erfolgreich. Die Technologietransferzentren sind wunderbar angekommen und schaffen Arbeitsplätze vor Ort. Das stärkt wiederum die Regionen.

Zum Schluss sage ich: Bei der Frage nach Gerechtigkeit sollte immer der Mensch und nicht die Parteipolitik – Herr Kollege Rabenstein, Sie haben völlig recht – im Mittelpunkt stehen. Für mich steht deshalb nicht die Frage, wer es erfunden hat, im Vordergrund. Für mich ist wichtig, was hinten herauskommt. Der Bericht ist nicht das Ende der Arbeit, sondern erst der Beginn der Umsetzung einer sehr großen Herausforderung. Bayern bietet großartige Möglichkeiten. Jeder sollte diese Möglichkeiten vor Ort voll ausschöpfen können. Die Menschen sollten bleiben und nicht wegziehen, weil es dafür keinen Grund gibt. Die Menschen fühlen sich dort wohl, wo sie sind. Unser Ziel muss es sein, dass die Menschen am Ende sagen: Da bin ich daheim, und da bleib ich auch, weil dort alles passt. Machen wir uns dafür gemeinsam auf den Weg.

Ich bedanke mich herzlich für die gute Zusammenarbeit mit allen Fraktionen, mit den Experten und den Fraktionsmitarbeitern. Wir haben einen großartigen Start hingelegt und werden gemeinsam an der Verwirklichung unserer Ideen arbeiten müssen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Trautner. – Als nächster Rednerin darf ich Frau Kollegin Claudia Stamm das Wort erteilen. Bitte sehr.

Claudia Stamm (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! An dieser Stelle möchte ich mich zunächst bei den Experten und den Mitgliedern der Kommission für ihre Arbeit bedanken. Allerdings befürchte ich, dass die übertragenen Aufgaben denen des Sisyphos ähneln. Gleiche Lebensbedingungen in ganz Bayern herzustellen, das wird wohl auch diese Kommission nicht schaffen. Dennoch hätte man mit der Enquete-Kommission einen guten Schritt weitergehen können. Man hätte neue Wege gehen können, beispielsweise mit der Einrichtung eines Forschungsinstituts zum Thema räumliche Gerechtigkeit. Das war aber wohl mit der CSU nicht zu machen.

Überfliegt man die Handlungsempfehlungen, findet man einen großen Strauß an Maßnahmen, die genau eines deutlich machen: Bayern ist nicht gerecht. In Bayern herrschen nicht für alle Bürgerinnen und Bürger gleiche Lebensbedingungen. Heute wurde bereits mehrfach auch von der SPD erwähnt, dass die Schaffung gleicher Lebensbedingungen schon länger, nämlich seit Wilhelm Hoegner, ein Mantra der bayerischen Politik ist.

Ich möchte an zwei Beispielen ausführen, dass es in Bayern nicht gerecht zugeht. Das erste Beispiel betrifft die Bildung. Niederbayern ist der bayerische Bezirk mit der niedrigsten Quote beim Übertritt auf das Gymnasium.

(Widerspruch bei der CSU)

Bayernweit gilt: In den Metropolen wechseln rund 60 % der Schülerinnen und Schüler an das Gymnasium. Ich kenne sogar eine Schule, an der 99 % aller Schülerinnen und Schüler an das Gymnasium gewechselt sind. Auf dem Land sind es aber nur 40 %. In vielen Landkreisen sind es noch viel weniger.

(Widerspruch bei der CSU)

Das zeigt, dass die Lebensverhältnisse in Bayern nicht gleich sind, egal wie sehr Sie sich aufregen. Es muss einen Unterschied geben. Wie begegnet die Staatsregierung dem Problem? – Sie erklärt die Region Freyung-Grafenau zur Bildungsregion. Im Bildungskonzept der Staatsregierung finden Sie eine relativ klare Darstellung darüber, was vor Ort los ist. Die Menschen wandern ab. Da können Sie sich noch so sehr aufregen. Was schlägt man jetzt vor? – Die Integration von Migranten. Zunächst sollen die Migranten eine Ausbildung absolvieren und dann in den Arbeitsmarkt integriert werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich würde Ihnen nahelegen, das endlich zu tun. Lassen Sie junge integrationswillige Asylbewerber endlich eine Ausbildung machen. Lassen Sie das tolle, in Bayern erfundene Konzept "3 + 2" sowohl in Freyung-Grafenau als auch in ganz Bayern zu. Wenn Sie etwas für die Bildung tun wollen, lassen sie endlich eine Gemeinschaftsschule zu. Sogar ein CSU-Bürgermeister aus Mittelfranken wollte eine Gemeinschaftsschule. Das ist gut für die Schülerinnen und Schüler und eine Chance für das Land.

Der nächste Punkt betrifft die Entwicklung. Das hat die SPD vorab auch schon gesagt: Die Entwicklung sollte von unten erfolgen. Dennoch sollte auch die Staatsregierung Maßnahmen ergreifen. Ich nenne beispielhaft Garmisch-Partenkirchen; das ist auch ein Raum mit besonderem Handlungsbedarf. Die Lösung lautet jetzt: Gesundheitsregionplus – ein Marketinglabel, nichts weiter. Gesundheit als Exportschlager einer Region, die jedes Wochenende mit dem Stau am Ende der A 95 und weiter auf der B 2 mit unsäglichen Verkehrsproblemen kämpft.

(Widerspruch bei der CSU)

An dieser Stelle wäre ein funktionierender öffentlicher Nahverkehr ein Beitrag zur Gesundheitsregion, den die Staatsregierung leisten könnte. Das wäre relativ einfach.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Staatsregierung überzieht Bayern mit Bildungsregionen, mit Gesundheitsregionen, mit Clustern und Förderprogrammen. Gestern hat Richterin Martina Scherl zum Kampf gegen die Abgasbelastung in baye-

rischen Städten gesagt – ich zitiere: viel Blabla. Fakt ist, dass das Landesentwicklungsprogramm im letzten Jahr deutlich gezeigt hat, wohin die Reise geht: mehr Betonmischer. Letztendlich wird die Kabinenbahn am Riedberger Horn, wenn sie einmal fährt – ich hoffe es nicht –, das Symbol Ihrer verfehlten Landespolitik sein.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bitte kommen Sie zum Schluss.

Claudia Stamm (fraktionslos): Sie können das Riedberger Horn zur bayerischen Schneeregion erheben. Zwar fällt dann immer noch keine Flocke Schnee vom Himmel, aber vielleicht fällt es Ihnen nicht auf.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Stamm. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Muthmann. Bitte sehr.

Alexander Muthmann (fraktionslos): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! An dieser Stelle könnte ich noch viel Positives vermerken, aber meine Redezeit beträgt nur vier Minuten. Nachdem so viel Optimistisches gesagt worden ist, möchte ich auf Kritikpunkte eingehen, weil ich glaube, dass die Enquete-Kommission mit dem jetzt vorgelegten Papier ihre Chancen nicht ausreichend genutzt hat. Die Aufgabenstellung war klar: Die Kommission sollte Handlungsstrategien und Empfehlungen für den Bayerischen Landtag und die Bayerische Staatsregierung erarbeiten, wie das Verfassungsziel der Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen sowie eine ausgeglichene Entwicklung der Teilräume umgesetzt werden kann. Die Kommunen haben Empfehlungen, Hilfestellungen und Konzepte erwartet. Ich bezweifle, dass mit der gebotenen Ernsthaftigkeit an diesen Aufgaben gearbeitet worden ist. Es ist bezeichnend, dass einen Tag vor der abschließenden Debatte im Plenum noch kein öffentlich zugänglicher Abschlussbericht vorliegt. Offensichtlich ist das Interesse, den Bericht zu veröffentlichen, gar nicht sonderlich groß. Die Kommission hat versucht, Fachpolitik der einzelnen Ressorts ohne Fachpolitiker zu betreiben. Das ist ein Problem. Ein Gremium wie die Enquete-Kommission kann nicht die Expertise von Poli-

tikern und Spezialisten aus allen Ressorts ersetzen. Stattdessen hätte man sich auf ressortübergreifende Konzepte konzentrieren sollen.

Der Abschlussbericht beschäftigt sich mit den falschen Fragestellungen. Statt eines Konzepts liefert der Bericht langatmige Ausführungen über den ellenlangen Fragenkatalog. Die wichtigsten Fragen wurden allerdings nicht beantwortet: Ab wann herrscht keine Gleichwertigkeit? Wer bewertet das? Welche Rolle spielen die Teilräume Bayerns bei dieser Einschätzung? Wie werden sie beteiligt? Welche Raumkategorien betrachten wir überhaupt? – Ich hätte mir auch die klare Festlegung gewünscht, dass es nicht um eine Mindestausstattung, sondern um politisch zu bewertende Maximalabweichungen zwischen den Räumen geht.

Für den Gesetzgeber ist die Frage durchaus interessant: Kann man, muss man ein solches Gleichwertigkeitsverfahren normieren? – Daneben muss es um die Festlegung von klaren Zuständigkeiten gehen. Wenn Fachpolitiken schon so großen Raum einnehmen, wie sie es hier tun, dann gibt es auch da viele Fragezeichen. Ich will Ihnen ein paar Beispiele nennen. Erstens. Die Kommission schlägt jetzt auf einmal einhellig die Einführung eines verbindlichen Zieles zur Reduktion des Flächenverbrauchs in Bayern vor. Wenn man dieses Thema wie die GRÜNEN angeht, wird gerade der strukturschwache Raum all seiner Entwicklungsmöglichkeiten beraubt.

Ein zweites Beispiel ist die Diskussion über die Tarifbindung bei öffentlichen Aufträgen. Ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, dass ein Papier zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Bayern zu parteipolitischen Debatten über den Grad der gewerkschaftlichen Organisation in Unternehmen führt. Nach den Ausführungen soll die öffentliche Hand Aufträge nur noch an entsprechende Betriebe vergeben dürfen. Das hat mit der Frage nach der Gleichwertigkeit schon gleich gar nichts zu tun.

Beispiel Nummer drei ist der Erhalt von Grundschulen. Dass die Kommission die Forderung nach "möglichst wohnortnahen Grundschulen" aufnimmt, lässt an ihrer Ernsthaftigkeit zweifeln. Abgesehen davon, dass die Formulierung selbst im Landesent-

wicklungsprogramm schon konkreter ist, wäre von der Kommission mehr zu erwarten gewesen. Wir brauchen konkrete Zahlen. Wie lange darf die Fahrt in die Schule dauern? – Wie weit darf die Schule vom Wohnort weg sein?

Ich halte die gleichwertigen Lebensbedingungen nach wie vor für ein ganz zentrales Thema. Aber ich glaube, dass der Bericht leider nicht das an Beiträgen leistet, was er hätte leisten können und müssen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Alexander Muthmann (fraktionslos): Aber ich werde großen Wert darauf legen, dass wir bei den Ansätzen, die ich gerade dargestellt habe – dem Gleichwertigkeitsbericht, der Beteiligung von Teilräumen und Aufforderungen an Staatsregierung und Landtag –, mehr tun, als dieser Bericht skizziert.

(Beifall des Abgeordneten Günther Felbinger (fraktionslos))

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Muthmann. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen und dieser Tagesordnungspunkt erledigt.